



PARTNERSHIP IN LEADERSHIP: A NEW BEGINNING

Neue Impulse für die transatlantischen Beziehungen

Bericht der Task Force „Zukunft der transatlantischen Beziehungen“
bei der Henry-Kissinger-Proessur für Sicherheits- und Strategieforschung
der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Dezember 2020

Inhalt

- 4 Vorwort
 - 5 Mitglieder der Task Force
 - 7 Zusammenfassung
-

- 9 **Erster Teil**
Eine Welt im Wandel: Amerika und Europa im Aufbruch
 - 10 Die Krise der alten Ordnung
 - 13 Antriebskräfte des strategischen Wandels
 - 15 Amerika und Europa heute
-

- 18 **Zweiter Teil**
Die Zukunft gemeinsam gestalten: Themen und Perspektiven
 - 19 Handel, Investment und Versorgungswege
 - 23 Innovation, Technologie, Digitalisierung und Zivilgesellschaft
 - 26 Nachhaltigkeit, Energie und Klima
 - 28 Verteidigung und Weltraum
-

- 34 **Dritter Teil**
Empfehlungen zur künftigen Prioritätensetzung
-

- 40 Endnoten
-

- 42 Anhang
- 48 Impressum

Vorwort

Mit dem Antritt von Joe Biden als 46. Präsident der Vereinigten Staaten wird Amerika seine Führungsrolle in der Welt neu ausrichten. Damit bietet sich für Europa und Amerika die Möglichkeit, ein neues Kapitel in den transatlantischen Beziehungen aufzuschlagen. Dies eröffnet für Deutschland und für Nordrhein-Westfalen die Chance, neue Ideen einzubringen und ihre Strategien an die sich verändernde Wirklichkeit anzupassen. Die vorhandenen Instrumente der politischen und wirtschaftlichen Gestaltung können überprüft und die Schwerpunkte des Handelns neu definiert werden.

Das globale Gefüge verändert sich gegenwärtig dramatisch. Ein einfaches „weiter so“ würde die transatlantischen Beziehungen politisch und wirtschaftlich in eine Sackgasse führen. In diesem Bewusstsein hat eine bereichsübergreifende, international zusammengesetzte Gruppe von Wissenschaftlern und Praktikern diesseits und jenseits des Atlantiks auf Einladung der Henry-Kissinger-Proffessur der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn seit Sommer 2020 Gedanken über die künftigen Rahmenbedingungen und die sich daraus ergebenden politischen Gestaltungsspielräume der transatlantischen Beziehungen entwickelt. Die Über-

legung, dass die gegenwärtigen geopolitischen Verschiebungen und die zu erwartenden Schwerpunktsetzungen der neuen amerikanischen Administration von den europäischen Verbündeten erhebliche Anstrengungen und neue Akzente erfordern würden, bildete dabei den Ausgangspunkt.

Ein weiterer Schwerpunkt war dem Ziel geschuldet, die Rolle und den Beitrag Nordrhein-Westfalens in einer neu definierten transatlantischen Partnerschaft zu formulieren. Dazu gehört insbesondere auch die Stärkung der Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsraums Nordrhein-Westfalen. Leitend war hier der Gedanke, dass in einer sich rasch verändernden Welt Investitionsperspektiven, Wettbewerbsfragen, Schwerpunktsetzungen und wirtschaftspolitische Strategien in noch stärkerem Maße als bisher von Trends abhängen, die im Zusammenhang mit geopolitischen Entwicklungen gedacht werden müssen. Der Bericht skizziert in seinen Schlussempfehlungen den globalpolitischen Rahmen für die künftigen transatlantischen Beziehungen und unterbreitet konkrete Vorschläge für aktuelle und vor allem künftige Schwerpunktthemen des transatlantischen Verhältnisses.



Ulrich Schlie

Henry-Kissinger-Professor für Sicherheits- und Strategieforschung an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Bonn, den 2. Dezember 2020

Mitglieder der Task Force

Michael Behrens

Kommunikations- und Public Affairs Berater, Berlin

Prof. Joachim Bitterlich

Botschafter a.D. und Professor an der Ecole Supérieure de Commerce de Paris (Frankreich)

Dr. Heiko Borchert

Inhaber und Geschäftsführer von Borchert Consulting & Research AG, Luzern (Schweiz)

Cathryn Clüver Ashbrook

Geschäftsführerin des Future of Diplomacy Project und Geschäftsführerin des Project on Europe and the Transatlantic Relationship an der Harvard Kennedy School, Harvard University, Cambridge (USA)

Prof. Dr. Stefan Fröhlich

Professor für Internationale Politik und Politische Ökonomie am Institut für Politische Wissenschaft, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Erlangen

Prof. Dr. Dr. h.c. Matthias Herdegen

Professor für Öffentliches Recht, Direktor des Instituts für Völkerrecht und Direktor des Instituts für Öffentliches Recht, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Dr. Seth A. Johnston

Lieutenant Colonel der U.S. Army und Adjunct Assistant Professor an der Walsh School of Foreign Service, Georgetown University, Washington D.C. (USA)

Prof. Dr. h.c. mult. Roland Koch

Ministerpräsident a.D. und Professor of Management Practice in Regulated Environments, Frankfurt School of Finance and Management, Frankfurt a. M.

Dr. Joachim Lang

Hauptgeschäftsführer und Mitglied des Präsidiums, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V., Berlin

Jun.-Prof. Dr. Maximilian Mayer

Juniorprofessor für Internationale Beziehungen und globale Technologiepolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Admiral a.D. Manfred Nielson

ehem. Deputy Supreme Allied Commander Transformation, Meckenheim

Prof. Dr. Key Pousttchi

Direktor des Institutes für Wirtschaftsinformatik und Digitalisierung e.V., Potsdam-Babelsberg und Gesellschafter bei der wi-mobile Prof. Pousttchi GmbH, Potsdam

Jeffrey Rathke

Präsident des American Institute for Contemporary German Studies, Johns Hopkins University, Washington D.C. (USA)

Janusz Reiter

Botschafter a.D. und Gründer des Zentrums für Internationale Beziehungen, Warschau (Polen)

Rachel Rizzo

Programmleiterin des Truman National Security Project, Washington D.C. (USA)

Prof. Dr. Ulrich Schlie

Henry-Kissinger-Professor für Sicherheits- und Strategieforschung und Direktor am Center for Advanced Security, Strategic and Integration Studies, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Christian Schmidt MdB

Mitglied des Deutschen Bundestags, Bundesminister a.D. und Vorsitzender der Deutschen Atlantischen Gesellschaft, Berlin

Prof. Dr. Sabine Sielke

Lehrstuhlinhaberin für Literatur und Kultur Nordamerikas, Leiterin des Nordamerikastudienprogramms und Leiterin des German-Canadian Centre, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Prof. Dr. Brendan Simms

Professor für Geschichte und Internationale Beziehungen, University of Cambridge (UK)

Frank Sportolari

Präsident United Parcel Service Germany und Präsident der American Chamber of Commerce, Frankfurt a.M.

Prof. Dr. Heidi Tworek

Associate Professor für Internationale Geschichte und Public Policy, University of British Columbia, Vancouver (Kanada)

Prof. Dr. Thomas Weber

Professor für Geschichte und Internationale Beziehungen und Direktor des Centre for Global Security and Governance, University of Aberdeen (UK)

Dr. Inez von Weitershausen

Senior Scholar am GW Institute of Public Policy, George Washington University, Washington D.C. (USA)

Zusammenfassung

Unter Präsident Biden wird Amerika seine alte Führungsrolle wieder aufnehmen, aber diese neu definieren. Ob Amerika die „europäische Macht“ bleibt, die es seit 1945 ist, wird nicht zuletzt auch davon abhängen, wie die europäischen Staaten und die Europäische Union ihre künftige Verantwortung begreifen und wahrnehmen. Der Bericht der Task Force „Zukunft der transatlantischen Beziehungen“ untersucht für Deutschland und für Nordrhein-Westfalen neue Gestaltungsspielräume der transatlantischen Beziehungen und entwickelt Vorschläge für die Fortentwicklung der politischen und wirtschaftlichen Instrumente.

Fragen der Machtrivalität werden heute zunehmend auch jenseits der klassischen zwischenstaatlichen Muster ausgetragen. Chinas Aufstieg zur Großmacht ist eine der

Ursachen der globalen Machtumverteilung. Die anhaltende Corona-Pandemie wird Politik und Gesellschaft weiter nachhaltig verändern. Die Vereinigten Staaten sind gleichwohl als Partner für die deutsche Wirtschaft wichtiger denn je. In den nächsten Jahren wird es darauf ankommen, diese Partnerschaft aktiv und wettbewerbsfähig zu halten und ihre Inhalte auf die neuen Herausforderungen unserer Zeit auszurichten.

Im geoökonomischen Wettbewerb geht es vorrangig um Technologie und Geschäftsmodelle. Das erfordert vor allem eine stärkere Abstimmung und Synchronisierung der staatlichen und unternehmerischen Bemühungen. Technologieentwicklung wird deshalb auf der künftigen transatlantischen Agenda eine herausragende Rolle spielen.



Die sicherheitspolitische Gestaltungskraft Europas ist abhängig vom politischen Willen und der militärischen Leistungsfähigkeit der Mitglieder der Europäischen Union sowie der anderen europäischen NATO-Mitglieder. Dies bezieht sich auf das Fähigkeitsprofil und die Verfügbarkeit des Instrumentariums aufgrund der von den Mitgliedsstaaten eingegangenen internationalen Verpflichtungen.

Für die künftige transatlantische Zusammenarbeit stehen insbesondere die folgenden Bereiche im Fokus:

1. Handel, Investment und Versorgungswege
2. Innovation, Technologie, Digitalisierung und Zivilgesellschaft
3. Nachhaltigkeit, Energie und Klima
4. Verteidigung und Weltraum

Gute und belastbare transatlantische Beziehungen sind seit Jahrzehnten Fundament deutscher Außen- und Sicherheitspolitik und auch in Zukunft unverzichtbar.

Empfehlungen für das Land Nordrhein-Westfalen:

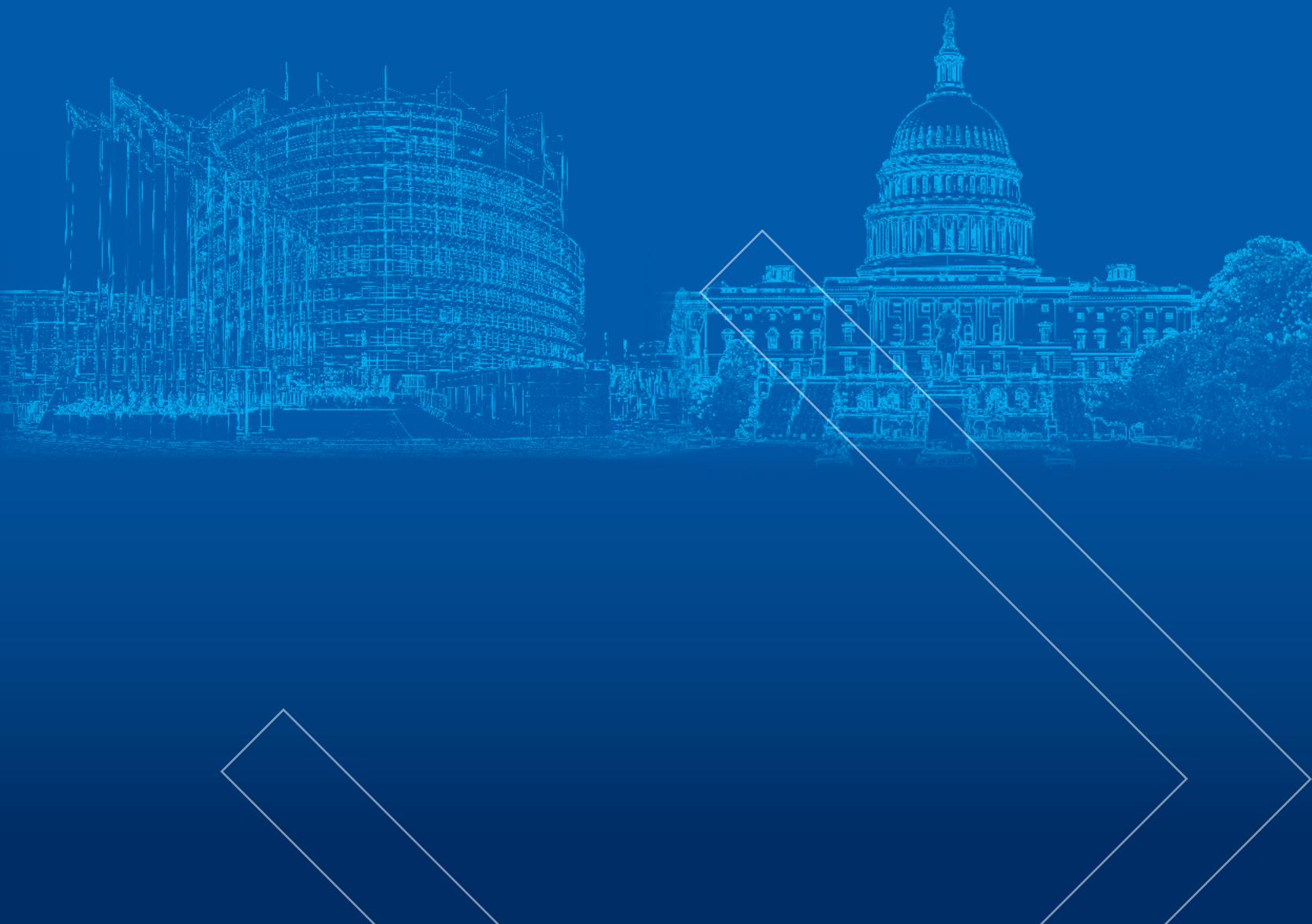
1. die Schaffung einer eigenen digitalen Infrastruktur im Sinne der von der Europäischen Union angestrebten „digitalen Souveränität“;
2. die Förderung von disruptiver Forschung und Innovation durch eine Landesbehörde;
3. die Einrichtung eines „single point of contact“ der Landesregierung Nordrhein-Westfalen in den Vereinigten Staaten;
4. die Schaffung einzelner, themenspezifischer Kooperationscluster (beispielsweise im Bereich Aus- und Weiterbildung).

Empfehlungen für die nationale Ebene:

1. eine enge Kooperation und Abstimmung bei Handels-, Technologie-, Industrie-, Gesundheits-, Sicherheits- und Umweltfragen sowie Menschenrechtsstandards und Eigentumsrechten, insbesondere auch durch die Zusammenarbeit in internationalen Organisationen;
2. der Einsatz für den Abschluss eines transatlantischen Freihandels-, Innovations-, Industriegüter- und Investitionsabkommens zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten;
3. eine geoökonomische und geostrategische Abstimmung sowie die Entwicklung einer gemeinsamen Risikofrüherkennungsinfrastruktur;
4. die jährliche Erstellung eines „Strategischen Risiko- und Vorsorgeberichts“;
5. die Förderung von Wasserstofftechnologie und -infrastruktur;
6. der Aufbau einer Datensammlung zur Klimaforschung;
7. eine Stärkung der Funktion des Koordinators für die transatlantische Zusammenarbeit.

ERSTER TEIL

EINE WELT IM WANDEL:
AMERIKA UND EUROPA
IM AUFBRUCH



Unter Präsident Joe Biden wird Amerikas vorrangiger Schwerpunkt auf Asien, Lateinamerika und Russland ausgerichtet sein. Anders jedoch als zu Zeiten des „pivot to Asia“ im ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts birgt die Hinwendung Amerikas nach Asien für Europa eine Reihe von Chancen, wenn deutlich gemacht zu werden vermag, dass beide von dieser Zusammenarbeit profitieren können. Ungeachtet ob China in den kommenden Jahren als strategischer Wettbewerber oder als Gegner in einem befürchteten neuen Kalten Krieg in Amerika wahrgenommen wird, sind die Vereinigten Staaten künftig mehr als zu Zeiten des Traumes einer symbiotischen amerikanisch-chinesischen Beziehung auf enge Partner angewiesen sein.

Im strategischen Wettbewerb der Zukunft geht es vor allem darum, wie ein Leben in Freiheit, Sicherheit, Wohlstand und Nachhaltigkeit möglich ist. In diesem Wettbewerb werden Nordamerika und Europa nur gemeinsam bestehen können. Dies wird sich – insbesondere innerhalb der internationalen Organisationen – im Ringen um Handels-, Technologie-, Industrie-, Gesundheits-, Sicherheits-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards oder um Eigentumsrechte ausdrücken. Gravierendste Folge dieses Wettbewerbs ist eine geoökonomische Neuordnung der Welt, bei der die Karten von Macht und Einfluss vermutlich neu gezeichnet werden. 1989 hatte Präsident George H.W. Bush der Bundesrepublik eine „partnership in leadership“¹ angeboten. Heute eröffnet sich für Deutschland als europäische Macht die große Chance, zu einer neuen Form der Partnerschaft in gemeinsamer Verantwortung an der Seite Amerikas zu finden. Dies setzt aber voraus, dass Deutschland eine neue europäische und geopolitische Verantwortung anzunehmen bereit ist und die damit verbundenen Chancen an der Seite der Vereinigten Staaten in einer neuen Positionsbestimmung konsequent ergreift. Dabei gilt es, den Versuchungen eines undifferenzierten Multilateralismus nicht zu erliegen, sondern die fortwirkende Unterstützung einer multilateralen Ordnung mit einer bewussten geopolitischen Positionierung zu verbinden.

DIE KRISE DER ALTEN ORDNUNG

Weltordnungen sind nie statisch. Sie unterliegen ständigen Veränderungen und können zusammenbrechen. Macht-rivalitäten, der Kampf um Einfluss und wirtschaftlicher Wettbewerb können sich im äußersten Fall in militärischen Konflikten entladen. Strategie als Einheit von Diplomatie und Militär unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Interdependenzen ist seit jeher darauf ausgerichtet, die Zuspitzung zum bewaffneten Konflikt zu vermeiden. Sie setzt vielmehr auf Interessenausgleich und eine stabile internationale Ordnung. „Die Welt, die Amerika gemacht hat“² (Robert Kagan) ist zu einer unübersichtlichen, multipolaren Welt geworden. Der „unipolare Moment der Vereinigten Staaten“³ (Charles Krauthammer) des Jahres 1990 hat sich bereits verflüchtigt. Die letzten dreißig Jahre haben gezeigt, dass die Weltvormachposition der Vereinigten Staaten die Durchsetzung des Wilsonschen Traums einer auf dem Prinzip der kollektiven Sicherheit beruhenden Friedensordnung nicht erleichtert hat. Zugleich aber ist die Welt ganz wesentlich von amerikanischen Ordnungsvorstellungen und von amerikanischer Diplomatie geprägt. Mit der Weltvormachposition Amerikas haben in diesem Zeitraum die Gegenkräfte zugenommen.

Die Vereinigten Staaten haben in den vier Jahren unter Präsident Donald J. Trump eine Reihe von internationalen Abkommen und Vereinbarungen aufgekündigt und sind aus etlichen internationalen Organisationen ausgeschieden. Der amerikanische Truppenabzug aus dem Irak und Afghanistan steht für eine gewisse Überdehnung, für die die Vereinigten Staaten einen innenpolitischen Preis entrichtet haben. Mit den traditionellen Ordnungsmustern von Gleichgewicht und Hegemonie kann diese nicht-polare Welt nicht mehr hinreichend beschrieben werden. Das multilaterale Institutionengefüge ist geschwächt und entspricht oft nicht mehr den weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Gegebenheiten unserer Gegenwart. Dies erschwert Ordnungsversuche zune-

mend. Die fortdauernde Krise der Vereinten Nationen – insbesondere die Wirksamkeit des Sicherheitsrates als Hauptforum für die Wahrung des Weltfriedens und die internationale Sicherheit – spiegeln dies wider. Die Bemühungen um die Fortentwicklung des Völkerrechts treten auf der Stelle.

Über Jahrhunderte hinweg waren die „großen Mächte“ für die Staatenwelt bestimmend. „Der Frühling der Nationen“⁴ (Michael Howard) des Jahres 1989 hat nochmals das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung als langfristigen Trend bestätigt. Doch die seitdem verstärkte Tendenz zur Abgabe von Souveränität und die damit verbundenen Einschränkungen sind immer wieder mit dem Nationalstaatsprinzip in einen Widerstreit eingetreten und haben zu Missverständnissen und Fehleinschätzungen geführt. Heute ist die Angst vor einem postmodernen „Tribalismus“ und secessionistischen Kräften bei vielen Mächten größer denn je.

Die Kategorie der „großen Mächte“ besteht fort. Das Ziel, Großmacht zu werden – China, Russland und zunehmend auch Indien stehen dafür – bleibt leitendes Motiv. Doch die Einordnung, wer heute in diese Kategorie fällt, hat sich verschoben. Die beiden großen Wandlungen der letzten Jahrzehnte machen sich dabei bemerkbar: die Relativierung des Territorialprinzips von Macht und die damit verbundene Abgabe von Souveränität sowie die zunehmende Verrechtlichung und Supranationalisierung der Staatenwelt mit dem damit einhergehenden Nebeneinander von klassischen Nationalstaaten und supranationalen Einheiten. Zudem wird das internationale System verstärkt vom Bedeutungsgewinn nicht-staatlicher Akteure – seien es Gewaltakteure oder global operierende Unternehmen – geprägt.

Fragen der Machtrivalität haben in den letzten Jahren zugenommen. Sie werden heute zunehmend auch jenseits der klassischen zwischenstaatlichen Muster ausgetragen. Die Vereinigten Staaten und China kämpfen um

die Vorherrschaft in Asien. Ein weitgehend unregelter Wettbewerb – vorrangig zwischen den Vereinigten Staaten, China und Russland – hat sich inzwischen auch ins Netz verlagert. Er betrifft insbesondere die Netzarchitektur, Daten- und Informationshoheit, Künstliche Intelligenz, Edge-Technologie⁵ und globale Lieferketten. Die maßgeblichen Rivalen für Amerika und Europa bleiben China, eine Para-Marktwirtschaft unter kommunistischer Oberaufsicht, und Russland. Russland als Nachfolgestaat der Sowjetunion und asiatische Flankenmacht ist der geopolitische Verlierer des Zusammenbruchs der Ordnung von Yalta und Potsdam. Die Möglichkeit eines weiteren Rückfalls Russlands in autoritäre Verhaltensweisen und sicherheitspolitische Bedrohungen seiner europäischen und südlichen Nachbarn bleibt eine mögliche Gefährdung des internationalen Systems und damit zugleich eine ungelöste strategische Aufgabe – insbesondere für Europa.

Chinas Aufstieg zur Großmacht ist eine der Ursachen der globalen Machtumverteilung und einer der treibenden Faktoren der Zunahme der Konfrontation in der Gegenwart. So unterstützt China etwa die konventionelle und nukleare Aufrüstung Pakistans technologisch und verbindet in Afrika, Zentralasien und zunehmend in Lateinamerika wirtschaftspolitische Präsenz umfassend mit strategischen einflusspolitischen Interessen. China baut seinen weltweiten Einfluss schrittweise aus. Seit Jahren betreibt es die Öffnung Zentralasiens durch den Bau von Verkehrsinfrastruktur zwischen Ost und West mit den Durchgangszielen Iran und Pakistan zum Indischen Ozean. Übergeordnetes Ziel ist eine infrastrukturelle Verbindung zwischen der Golfregion, der kaspischen Region, China und dem indischen Subkontinent. China konkurriert mit Amerika und Europa unmittelbar bei neuen Technologien und versteht sich in wirtschaftspolitischen und auch in militärstrategischen Fragen als Rivale der Vereinigten Staaten sowie deren Partner in verschiedenen Regionen.⁶ Zugleich schwächt China die westliche Praxis nicht-konditionierter Staatenfinanzierung

und mindert durch Investitionen in Infrastrukturen oder Rohstoffgewinnung den Einfluss deutscher und europäischer Entwicklungspolitik, soweit diese mit Good Governance, sozialen und ökologischen Standards verknüpft wird.

Das Gravitationszentrum der Weltwirtschaft hat sich in den letzten Jahren weiter nach Osten verschoben. Schon vor der Corona-Krise waren die Schwellenländer Asiens die Volkswirtschaften mit den höchsten Wachstumszahlen. Das dynamische Wachstum der chinesischen Wirtschaft und das Erstarken chinesischer Unternehmer wird in Amerika und Europa zunehmend als wettbewerbspolitische Herausforderung empfunden. Dies hat mittelbar auch Konsequenzen für Nordrhein-Westfalen, das ein nachhaltiges Interesse an sich weiter entwickelnden Wirtschafts- und Handelsbeziehungen in der ostasiatischen Region hat und auch geopolitisch durch den

Umstand betroffen ist, dass die chinesische Seidenstraße im Hafen Duisburgs endet.

Die Rolle regionaler Organisationen ist weltweit weiter im Wachsen begriffen. Unlängst haben die zehn ASEAN-Staaten mit Australien, China, Japan, Neuseeland und Südkorea die „Regional Comprehensive Economic Partnership“ abgeschlossen.⁷ Dadurch entsteht die weltweit größte Wirtschaftszone, die den Handel von knapp einem Drittel der Weltbevölkerung ermöglicht. Damit können sich Wertschöpfungsketten, insbesondere auch in Hochtechnologiesektoren wie der Elektronik oder der Halbleiterindustrie entwickeln, und neue Innovationssysteme zu Lasten der Vereinigten Staaten und Europas entstehen. In zehn Jahren kann der Anteil der 15 RCEP-Mitgliedsländer an der globalen Wirtschaftsentwicklung auf 50 Prozent ansteigen.



Der Duisburger Binnenhafen als Endpunkt der Seidenstraße.

ANTRIEBSKRÄFTE DES STRATEGISCHEN WANDELS

Die anarchisch-revolutionären Spielarten der Staatenwelt setzen sich fort. Wir erleben heute eine Proliferation der Phänomene der staatlichen und der nicht-staatlichen Gewalt. Es bestätigt sich einmal mehr die alte Beobachtung, dass die Dynamik internationaler Beziehungen beeinflusst ist von technologischen, wirtschaftlichen, sozialen oder auch völkerrechtlichen Entwicklungen. Transnationale Herausforderungen können global symmetrische Effekte erzeugen, die alle Staaten gleichermaßen betreffen: Klimawandel, Pandemien, Ressourcenknappheit, Massenmigration.

Strategische Entwicklungen greifen die Ergebnisse und Nachwirkungen von weiter entfernt liegenden Vorgängen auf. Die Konfliktherde der letzten Jahre skizzieren in ihrer Verbindung von staatlicher Oppression, Bürgerkriegsszenarien und terroristischer Gewalt die damit verbundenen Formveränderungen der internationalen Politik. Sie bestätigen die Notwendigkeit einer von liberal-demokratischen Werten geprägten, regelbasierten Ordnung, der Stärkung des Systems der Vereinten Nationen und der Fortentwicklung des Völkerrechts.

Aus diesem Grunde müssen die Staaten Nordamerikas und Europas zusammenkommen, um gemeinsam die liberal-demokratische Ordnung, die sie nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen haben, zusammen mit Partnern in der ganzen Welt und gegen den Widerstand illiberaler Ordnungsvorstellungen zu erneuern.⁸

Eine Vielzahl von technologischen und digitalen Entwicklungen begünstigt die beschleunigende Wirkung von Unsicherheitsfaktoren wie die Proliferation von Massenvernichtungswaffen oder die Zunahme des weltweit agierenden internationalen Terrorismus. Nationalstaatlich gelenkte Hacker-Angriffe verursachen für staatliche Akteure und Unternehmen nachhaltige Schäden und

zerstören kritische Infrastruktur. Die globalisierte Vernetzung erlaubt es auch anderen Akteuren, internationale Beziehungen auf neue Weise zu beeinflussen und die Deutungshoheit von offiziellen Stellen über Ereignisse und Entwicklungen zu konterkarieren.

Versorgungswege zwischen Megacities – die infrastrukturelle Bedeutung von Autobahnen, Eisenbahnlinien, Pipelines, Schifffahrtswegen und Internetverbindungen für Nachschubwege sowie die erfolgreiche Infrastrukturentwicklung – bestimmen heute Macht und Stärke. Sie werden mit dem weltweit voranschreitenden Phänomen der Devolution, der Zunahme der Akteure und der damit einhergehenden fortschreitenden Unübersichtlichkeit zum Globaltrend der Konnektivität. Politische und wirtschaftliche Machtverhältnisse werden neu geordnet. Austauschprozesse werden zum Spielball eines an Intensität gewinnenden geoökonomischen Wettbewerbs, der durch technologische Entwicklungen als Katalysator von Wandel und Fortschritt verstärkt wird. Vernetzung erhöht die Verwundbarkeiten, die aus Abhängigkeit resultieren.

Hinzu kommt, dass in den Vereinigten Staaten, Pakistan, China, Indonesien und anderen asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern große Naturkatastrophen in den letzten Jahren Schäden angerichtet haben, die – ebenfalls als beschleunigende Faktoren – in ihren global-strategischen Auswirkungen weltwirtschaftliche Folgen und politische Konsequenzen für die internationale Sicherheit haben. Die Feuer, die 2019 für sieben Monate in Australien gewütet und eine Fläche von 75.000 Quadratmeilen zerstörten, haben dazu geführt, dass Zehntausende von Menschen evakuiert werden mussten. Zwischen 2010 und 2019 haben Klimakatastrophen auf der ganzen Welt einen Schaden von ungefähr 2,5 Billionen US-Dollar angerichtet.⁹ Der Klimawandel bedroht die Wasser- und Nahrungsmittelvorräte, macht Küstenlandschaften unbewohnbar und wird weitere weltweite Flüchtlingsströme hervorrufen.

Die Notwendigkeit einer außenpolitischen Schwerpunktsetzung auf Klimafragen kann die Europäer und Nordamerikaner weiter zusammenführen. Technologischen Innovationen, Investitionen in Nachhaltigkeit und der Lösung von durch den Klimawandel hervorgerufenen Problemen und Aufgaben sollte deshalb politische Priorität eingeräumt werden. Fragen der Klimaforschung und der Aufbau einer sich darauf beziehenden Datensammlung sowie Anreize, neue Technologien rasch zu nutzen, die auch eine zielführende und effiziente Anwendung finden, stehen im unmittelbaren Zusammenhang mit dieser politischen Priorisierung. Die vom künftigen Präsidenten Biden angestrebte Rückkehr der Vereinigten Staaten zum Pariser Klimaschutzabkommen und die konsequente Ver-

folgung des strategischen Ziels der Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 würden einen wichtigen Schritt in diese Richtung darstellen. Die Zusammenarbeit von Europäern und Amerikanern in der „High Ambition Coalition for Nature and People“¹⁰, zu der darüber hinaus eine Gruppe lateinamerikanischer und karibischer Staaten sowie etliche betroffene Staaten aus Afrika und Asien gehören, hat vor diesem Hintergrund eine große strategische Bedeutung.



Energieübertragung über Hochspannungsmasten im Ruhrgebiet

AMERIKA UND EUROPA HEUTE

Die gegenwärtigen tektonischen weltpolitischen Verschiebungen berühren das Verhältnis zwischen Europa und Amerika grundlegend, weil sie eine neue Machtbalance entstehen lassen und Amerika seine weltpolitische Rolle neu finden muss. Die mit Nordkorea, dem Iran, dem Irak, Saudi-Arabien, Syrien, Afghanistan, Venezuela, Libyen, dem Sudan und dem westlichen Afrika verbundenen Probleme gefährden den Weltfrieden und die internationale Sicherheit. Sie treffen im Resultat die Vereinigten Staaten und Europa gemeinsam, markieren zugleich aber auch Herausforderungen für die politische und militärische Stellung der Vereinigten Staaten in der jeweiligen Region.

In den vergangenen vier Jahren haben die Vereinigten Staaten wiederholt Zweifel an der Verlässlichkeit ihrer Allianzzusagen und ihrem Bekenntnis zu einer regelbasierten internationalen Ordnung aufkommen lassen. Mit „America first“ verband sich bestenfalls auch die Ansage an die Partner und Verbündeten: „Allies second“. Bisweilen wurden Partner und Verbündete als „so-called friends“ bezeichnet und entsprechend behandelt.

Unter Präsident Biden wird Amerika seine alte Führungsrolle wieder aufnehmen, aber diese neu definieren.¹¹ Für Amerika stellt sich damit die Frage, wie es mit der Erschütterung seiner Weltmachtposition umgeht, wie es auf das weiter zunehmende wirtschaftlich-politische Gewicht Chinas reagiert und welche Rolle es künftig ordnungspolitisch und sicherheitspolitisch spielen soll. Und es stellt sich die Frage, wie Amerika künftig als See-, Luft- und Technologiemacht seine globale Handlungsfähigkeit gestalten wird. Im Zentrum der Beantwortung dieser Fragen werden dabei insbesondere das Verhältnis der Vereinigten Staaten zu Asien, zu Russland und zu Lateinamerika stehen.

Ob Amerika die „europäische Macht“¹² bleibt, die es seit 1945 ist, wird nicht zuletzt auch davon abhängen, wie die europäischen Staaten und die Europäische Union ihre künftige Verantwortung begreifen und wahrnehmen. Das gemeinsame Bekenntnis zur Verantwortung verbindet Europäer und Nordamerikaner. Die wirtschaftliche und moralische Stärke der atlantischen Gemeinschaft gründet auf geteilten Werten. Wenn vor dem Hintergrund des gegenwärtigen weltpolitischen Wandels neues Denken gefordert wird, dann schließt dies insbesondere auch das Nachdenken über uns selbst ein. Dieses Nachdenken erfolgt im Bewusstsein, dass künftig ein wesentlich stärkerer Beitrag der Europäer zur gemeinsamen Sicherheit gefordert sein wird und auf Seiten der Europäischen Union eine größere Klarheit über die eigene Rolle sowie größere Effizienz bei der Wahrnehmung der weltpolitischen Aufgaben gefordert ist. Ferner wird ein gemeinsames Ringen um liberale Handels-, Technologie-, Industrie-, Eigentums-, Gesundheits-, Sicherheits-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards nur möglich sein, wenn dem latenten Antiamerikanismus in Europa gegengesteuert wird und seitens der Europäer die Bereitschaft vorhanden ist, sich zu einer transatlantischen „partnership in leadership“ zu bekennen.

Europa zeigt sich ausgerechnet in der Krise und in Zeiten des weltpolitischen Umbruchs als geschwächt. Das Ineingreifen von Finanz-, Wirtschafts- und Migrationskrise und die Belastungen der internationalen Ordnung durch Terrorismus und anarchische Tendenzen wirken dabei gegenseitig krisenverstärkend. Europas Einfluss auf die Welt von heute ist unzureichend.

Es besteht die Gefahr, dass der „pivot to Asia“ und die damit verbundenen Schwerpunktsetzungen zu einem weiteren strategischen Bedeutungsverlust Europas führen, sofern die europäischen Staaten nicht ihren Weg zu einer „partnership in leadership“ an der Seite Amerikas finden. Der „pivot to Asia“ war logische Konsequenz der geopolitischen Verschiebungen seit dem Ende des Kalten Krieges und zugleich auch eine Folge globaler, d.h. technologischer, infrastruktureller und energiewirtschaftlicher

Entwicklungen und der damit verbundenen Zentrumsverlagerungen der letzten beiden Jahrzehnte. So führte etwa die energiepolitische Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten, die durch den Ausbau der heimischen Fracking-Industrie erreicht wurde, im Ergebnis dazu, dass das Engagement in Nordafrika und dem Nahen Osten, um den Zugang zu Öl- und Gasquellen zu sichern, für die amerikanische Außenpolitik an Bedeutung eingebüßt hat.

Neben der politischen Entwicklung sind für Europa Fragen der künftigen Wirtschaftsordnung von wesentlicher Bedeutung. Sie werden über Wohlstand und Sicherheit der Menschen entscheiden. Die Europäische Union ist eine politische Gemeinschaft und als größter Binnenmarkt der Welt vom freien Handel abhängig. Nordrhein-Westfalen ist aufgrund seiner zentralen Lage, seiner Bevölkerungsstruktur, seiner exzellenten Verkehrsinfrastruktur

und seiner dynamischen Entwicklung als Handels- und Dienstleistungszentrum sowie aufgrund seines dichten Netzes an Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen prädestiniert, bei dem europäisch-amerikanischen Projekt, das Wirtschaft und Wissenschaft, Forschung und Entwicklung zusammenbringt, eine führende Rolle zu spielen und die transatlantischen Beziehungen kraftvoll zu gestalten.

Wichtige Themen für eine stabile Partnerschaft zwischen Europa und Nordamerika sind damit zugleich auch die zentralen Themen, die für die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen, für seine internationale Positionierung und seine Innovationsstrategie im Mittelpunkt stehen sollten.

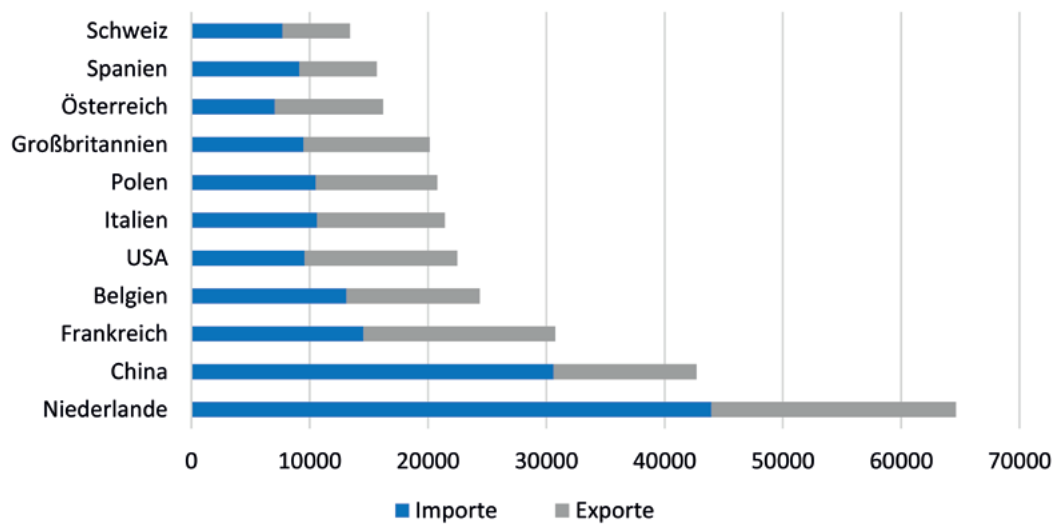


US-amerikanische Unternehmen in Deutschland nach Bundesländern 2020 (in %)



© NRW.Global Business GmbH, Quelle: ORBIS Europe Unternehmensdatenbank, Stand 15.06.2020

Handelsvolumen Nordrhein-Westfalens mit ausgewählten Ländern



Quelle: IT.NRW, November 2020

ZWEITER TEIL

DIE ZUKUNFT GEMEINSAM
GESTALTEN:
THEMEN UND PERSPEKTIVEN



Die anhaltende Corona-Pandemie wird Politik und Gesellschaft weiter nachhaltig verändern. Wir haben erfahren, wie verwundbar wir sind, auch wie abhängig wir voneinander geworden sind, und wir müssen erkennen, wie wichtig eine strategische Vorausschau in der Sicherheitsvorsorge ist. Rasch brauchen wir kohärente, wirksame und innovative Lösungen. In einer komplexen und interdependenten Welt werden wir in einer Gemeinschaft der westlichen Demokratien nur dann erfolgreich sein, wenn wir noch enger zusammenarbeiten und gemeinsame Strategien entwerfen, damit wir

- das Leben und unseren Planeten bewahren;
- Wohlstand und Sicherheit erhalten und die Kluft zwischen Arm und Reich überwinden;
- die vielfältigen Gefährdungen durch Konfrontationen zwischen und innerhalb von Staaten vermeiden.

HANDEL, INVESTMENT UND VERSORGENSWEGE

Die großen Entwicklungslinien der Weltpolitik bestimmen die Rahmenbedingungen des strategischen Wettbewerbs und beeinflussen die Dynamik der Wirtschaftsbeziehungen. Die Globalisierung hat einen weltweiten Wohlstandszuwachs ermöglicht. Sie hat jedoch nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer hervorgebracht, vor allem in den Industrieländern.

Der Rückhalt für die Globalisierung in der Bevölkerung vieler Industrieländer ist geschwunden. Die Globalisierung verlangsamt sich heute. Die Vorteile der Offenheit und der internationalen Kooperation werden immer mehr infrage gestellt. Zudem hat dies Auswirkungen auf die weltweiten Handelsbeziehungen. Die Vereinigten Staaten haben vor allem mit China, aber auch mit anderen Staaten, Handelskonflikte vom Zaun gebrochen, die auf der Weltwirtschaft lasten.

So sind die Handelsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten durch den Streit über Strafzölle und zulässige Subventionen und die Verknüpfung von Fragen der nationalen Sicherheit mit Einfuhrbeschränkungen belastet.¹³ Dies bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland. In den letzten vier Jahren haben allerdings protektionistische Tendenzen einen Schatten auf diese Beziehungen geworfen. Die

2019 von den Vereinigten Staaten erhobenen Retorsionszölle auf zahlreiche Güter aus der Europäischen Union belasten gegenwärtig das transatlantische Verhältnis. Die Vereinigten Staaten sind als Partner für die deutsche Wirtschaft wichtiger denn je. Wir müssen jedoch mit Blick auf die zunehmenden politischen Rivalitäten und die globalen Entwicklungen auf erschwerte Rahmenbedingungen gefasst sein.

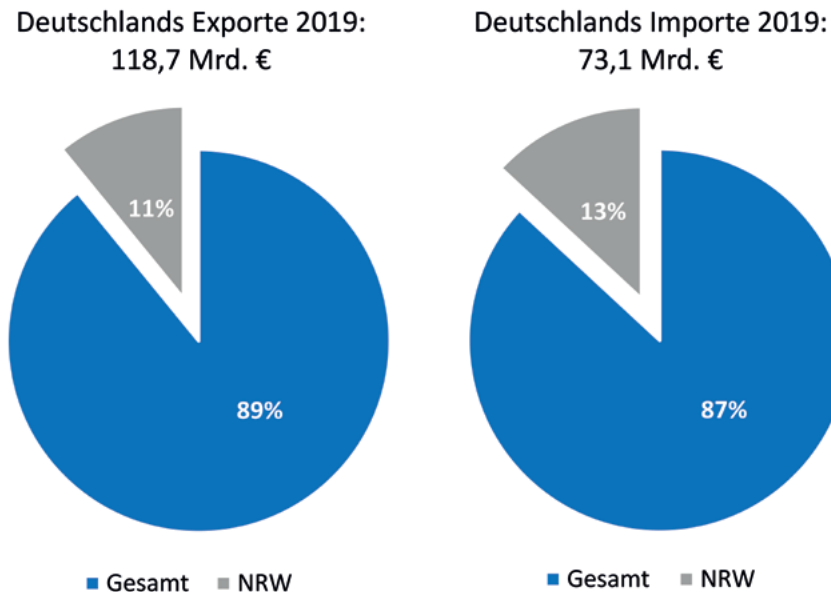
In den nächsten Jahren wird es deshalb darauf ankommen, diese Partnerschaft aktiv und wettbewerbsfähig zu halten und deren Inhalte auf die neuen Herausforderungen unserer Zeit auszurichten. In dem Maße, in dem die Vereinigten Staaten und Europa in einem Wirtschaftswettbewerb und einem Wettbewerb um Ordnungsvor-

stellungen der Weltwirtschaft mit China stehen, wird dabei die Pflege der Bande, die über den Atlantik geknüpft werden, für beide Seiten noch wichtiger werden. Dabei handelt es sich nicht um einen klassischen Wirtschaftswettbewerb innerhalb anerkannter Normen, sondern es geht um einen Wettbewerb um eine Neuausrichtung der Spielregeln der Weltwirtschaft. Europa und Nordamerika sind heute schon für den jeweils anderen der privilegierte Partner, wenn es um Direktinvestitionen im Ausland geht. Der Anteil der amerikanischen Direktinvestitionen in Europa steigt seit Jahren. Seit 2015 sind die Vereinigten Staaten der wichtigste Absatzmarkt für Warenexporte aus Deutschland.¹⁴ Zu der transatlantischen Handelsbeziehung trägt Nordrhein-Westfalen entscheidend bei.



Zeche Zollverein in Essen

Anteil Nordrhein-Westfalens am deutschen Außenhandel mit den Vereinigten Staaten 2019



© NRW.INVEST GmbH, Quelle: IT.NRW, Stand März 2020

Wohlstand und Arbeitsplätze hängen damit in beiden Ländern auch von der Gestaltung der künftigen transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen ab. Der Abbau von Industriegüterzöllen und nichttarifären Handelshemmnissen wäre deshalb ein wichtiger Schritt zur Wiederbelebung der transatlantischen Beziehungen. Der Abschluss eines Freihandels- und Investitionsabkommens zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union würde vor diesem Hintergrund als ein Meilenstein wahrgenommen. Ein transatlantisches Industriegüterabkommen müsste dabei den Vorgaben der Welthandelsorganisation (WTO) entsprechen und annähernd den gesamten Handel liberalisieren. Die massiven Widerstände gegen das „Comprehensive Economic and Trade Agreement“ (CETA) mit Kanada – gerade in Deutschland und in anderen Staaten der Europäischen Union – zeigen, welche Überzeugungsarbeit für weitere Liberalisierungsschritte mit Amerika noch zu leisten ist.

Zugleich hat der zunehmende Wettbewerb zwischen den Staaten entscheidende Auswirkungen auf die Entwicklung der Weltwirtschaft. Die Frage des Zugangs zu und die Verfügungsgewalt über Rohstoffe, Technologien, Versorgungswege und Lieferketten sind heute von strategischer Bedeutung für Wirtschaft und Staat. Dies betrifft insbesondere die Bereiche Energie, Gesundheit, Ernährung und Digitalisierung. Das Wettbewerbsumfeld diesseits und jenseits des Atlantiks hat sich durch geostrategische und geoökonomische Faktoren tiefgreifend verändert.

Geoökonomischer Wettbewerb ist Wettbewerb um Technologie und Geschäftsmodelle. Das erfordert eine stärkere Abstimmung und Synchronisierung der staatlichen und unternehmerischen Bemühungen im Bereich der Technologieentwicklung. Technologieentwicklung wird auf der künftigen transatlantischen Agenda eine herausragende Rolle spielen. Dies gilt insbesondere auch für Felder wie die Biotechnologie.

Eine stärkere öffentlich-private Abstimmung im Hinblick auf aktuelle und künftige Technologieentwicklungen würde beide Seiten dazu befähigen, die Chancen und Risiken, die aus dem veränderten geoökonomischen Umfeld entstehen, gemeinsam zu identifizieren und zu bewerten. Technologietransfer ist in vielen Ländern inzwischen unerlässliche Voraussetzung für Marktzutritt. Er bietet Chancen, um auf neuen Märkten Fuß zu fassen, birgt aber auch das Risiko, dass damit der Aufstieg künftiger Wettbewerber begünstigt wird. Deshalb ist der enge öffentlich-private Austausch zur Frage, welche Technologien unter welchen Bedingungen an wen weitergegeben werden und wo die roten Linien verlaufen, von außerordentlicher Bedeutung.

Gerade Daten-, Handels- und Energieströme sind vor dem Hintergrund geopolitischer Zielsetzungen der Gefahr der politischen Instrumentalisierung ausgesetzt. Der damit verbundene und sich künftig weiter verschärfende Wettbewerb diesseits und jenseits des Atlantiks muss deshalb in noch stärkerem Maße als bisher geoökonomische und geostrategische Faktoren berücksichtigen.

Mit den zunehmenden Unsicherheiten und Gefährdungen ebenso wie in Folge des geoökonomischen Wettbewerbs ist mit weiteren disruptiven Ereignissen zu rechnen, ob als Folge einer Pandemie, eines anderen Naturereignisses oder verschärfter Bestimmungen für die Ausfuhr kritischer Rohstoffe beziehungsweise Technologien. Dabei liegt es gerade in der Natur der globalen wirtschaftlichen Verflechtung und der weltweiten Verbreitung von Technologie und von Wissen, dass nichtstaatliche Gewaltakteure heute auf die Mittel zurückgreifen können, die einstmals nur Staaten zugänglich waren. Neben der Technologieentwicklung konzentriert sich der geoökonomische Wettbewerb in zunehmendem Maße auch auf die Ausgestaltung unternehmerischer Lieferketten und

Wertschöpfungsnetzwerken. Dies bedeutet, dass über Vorgaben zur künftigen Ausgestaltung von Lieferketten Wettbewerbsvor- oder -nachteile für unterschiedliche Gruppen von Akteuren festgelegt werden können. Dies erfordert vor allem einen neuen Umgang mit Datenmaterial und die Fähigkeit, die weiter zunehmende Komplexität in den sicherheitspolitischen Konzepten aufgreifen zu können.

Standortattraktivität wird deshalb künftig in einem bis dahin nicht gekannten Ausmaß auch von nationaler Krisenfestigkeit abhängen.¹⁵ Für Unternehmen werden strategische Reserven, die die Krisenfestigkeit der Betriebsabläufe und der Lieferketten gewährleisten, zu einem Differenzierungsmerkmal im Wettbewerb. Die gegenwärtige Krise hat das Bewusstsein für die Rolle des Staates im Gesamtgefüge geschärft. Zu seinen Aufgaben wird in Zukunft noch stärker gehören, dass er Wirtschaft und Gesellschaft umfassender dazu befähigen muss, Risiken früh zu erkennen und entsprechende Maßnahmen zu treffen. Der Staat kann durch geeignete Maßnahmen und Programme Risiken für Wirtschaft und Gesellschaft reduzieren und durch den Ausbau seiner Fähigkeit zur Antizipation mögliche strategische Schocks erkennen. Dazu bedarf es neuartiger Verfahren, die Improvisation und Flexibilität auf Basis neuer, ungebundener Reserven ermöglichen.

INNOVATION, TECHNOLOGIE, DIGITALISIERUNG UND ZIVILGESELLSCHAFT

Die Handlungsfelder, in denen Europa und Amerika eine gemeinsame Zukunftsagenda gestalten sollten, umfassen das gesamte Spektrum des wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Gemeinsames Verständnis muss sein, dass wir die Herausforderungen nur dann zusammen meistern können, wenn es gelingt, eine partnerschaftliche Politik auf einem dauerhaften Fundament zu gründen, die Beziehungen weiter zu vertiefen und gemeinsame Lösungen für künftige Herausforderungen zu entwickeln. Wir können auf Bewährtes zurückgreifen, müssen dabei aber zugleich innovative Wege gehen, neue Ideen entwickeln und unser Denken auf die zukünftige Wirklichkeit ausrichten.

Bürokratie und Überregulierung verhindern häufig die Umsetzung offenkundiger Lösungen. Verwaltungen neigen dazu, den Status quo zu bewahren, Schwierigkeiten bei der Umsetzung zu überzeichnen und administrative Hürden aufzubauen. Bisweilen sind politische Entscheidungsprozesse bei der Suche nach Kompromissen und durch die Präferenz für kleinste gemeinsame Nenner

erschwert, in anderen Fällen sorgen politische Prozesse dafür, dass die wirklich drängenden Fragen nicht die oberste Ebene erreichen. Es wird deshalb darauf ankommen, einen konstanten Austausch auf allen Ebenen zu ermöglichen und das Arbeiten in länder- und bereichsübergreifenden Teams zu befördern.

Eine sichtbare und dauerhafte Stärkung der transatlantischen Beziehungen ist nicht zuletzt auch daran geknüpft, dass die Wissenschaftskooperation zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland (und damit insbesondere auch Nordrhein-Westfalen) signifikant verbreitert und dauerhaft gestärkt wird.

Gerade in den letzten Jahren ist an amerikanischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen die Beschäftigung mit Deutschland, seiner Geschichte, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft deutlich zurückgegangen. Deutschlandexpertise ist schon längere Zeit bei amerikanischen Entscheidungsträgern rückläufig. Die Vereinigten Staaten und Deutschland werden aber nur „partners in leadership“ sein können, wenn sie einander verstehen. Es wird deshalb empfohlen, durch entsprechende Impulse unter Einbeziehung von Stiftungen und Privatinitiativen die universitäre Basis in den Ver-



International Security Forum Bonn 2019



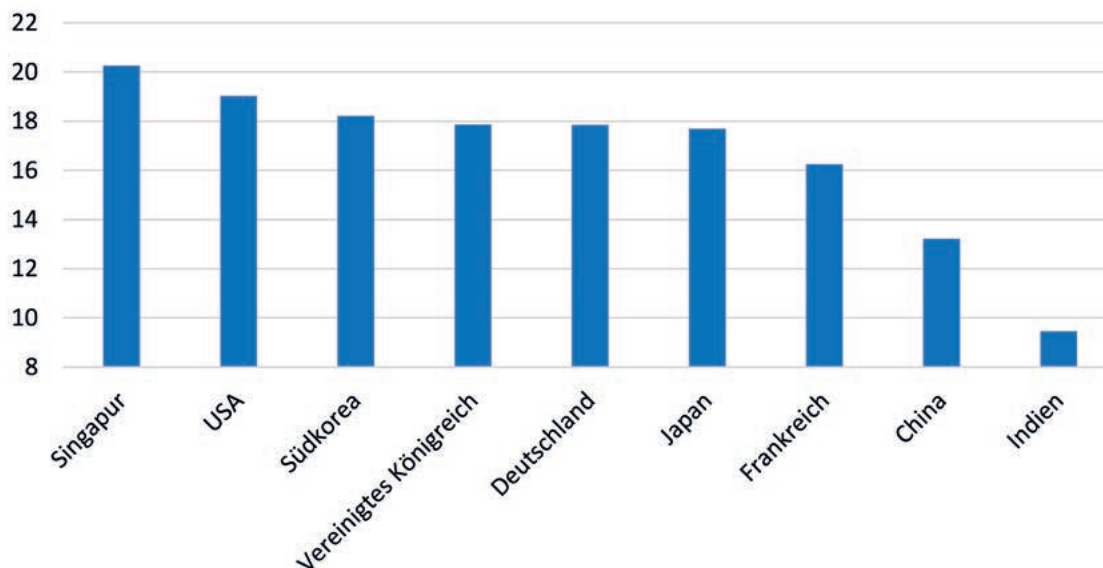
einigten Staaten zur Beschäftigung mit Deutschland im Zusammenhang mit seinen europäischen Aufgaben zu animieren und eine neue Infrastruktur an Universitäten und in Think-Tanks aufzubauen. Gerade die gegenwärtigen technologischen Entwicklungen und die neu beförderte Diskussion über Deutschlands Rolle in der Welt bieten die Chance, das amerikanische Deutschlandbild mit positiven Aspekten der Innovation und Reformorientierung zu verbinden. Zugleich werden dadurch der gegenwärtigen amerikanischen Wissenschaft Anknüpfungspunkte für zukunftsgerichtete Projekte eröffnet.

Die Digitalisierung ist dabei, die internationale Wirtschaft in ein neues Zeitalter zu katapultieren. War die Digitalbranche bisher ein einzelner, wenn auch sehr erfolgreicher Wirtschaftszweig und die Plattformökonomie als stärkste Auswirkung begrenzt auf einzelne Branchen, so

zeigt sich nun immer mehr der querschnittliche Charakter der Technologiewirkung. Die virtuelle Welt verschmilzt mit der realen Welt zu einer ununterscheidbaren Einheit. Dies verändert das alltägliche Leben der Menschen und es hat Auswirkungen auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Durch Künstliche Intelligenz und operative Technologien (OT), wie beispielsweise industrielle Informationstechnologien, entstehen ungeahnte Möglichkeiten auch für eine umfassende Automatisierung im kognitiven und gemischt mechanisch-kognitiven Bereich. In der Industrie bedeutet das vor allem die Entwicklung von Cyber-Physischen Systemen, im Endkundengeschäft zunächst das Smartphone als Schnittstelle und in der Folge immer stärker auch Sensorik und Aktorik im und am Körper und im öffentlichen Raum. Zudem bedeutet es eine ganze Reihe

Global Digital Readiness Index 2019



Quelle: Cisco Global Digital Readiness Index 2019

Anmerkung: Der Global Digital Readiness Index misst den digitalen Reifegrad eines Landes mit einem ganzheitlichen Ansatz. Dafür werden sieben Kategorien berücksichtigt, wie beispielsweise Humankapital, technologische Infrastruktur, wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Lebensstandards. Die Skala reicht von 0 bis 25, wobei der Tschad (4,32) auf dem letzten Platz landet und Singapur (20,26) die Liste anführt.

wirtschaftlicher und sozialer Herausforderungen, die von der Politik aufgegriffen werden müssen. Handlungsbedarf besteht beispielsweise auf den Feldern „Re-“ und „Upskilling“ sowie – gerade in den Vereinigten Staaten – auch im Bereich soziale Sicherheit.

Die strategischen Auswirkungen dieser Technologien werden in Deutschland noch immer unterschätzt. Sie bilden die Schnittstelle zwischen realer und virtueller Welt und ermöglichen gleichzeitig, den Kunden und wesentliche Teile seines Verhaltens in automatisierte Geschäftsprozesse aller Art zu integrieren. Hierzu tragen nicht nur die technischen Eigenschaften, sondern vor allem die Art und Weise bei, wie die Menschen entsprechende Dienste nutzen. Die Auswirkung auf Industrie, Handel und Dienstleistung vollzieht sich dabei in drei Dimensionen. Bereits operativ einzusetzende Technologien entfalten eine starke Wirkung. Beispiele sind etwa Robotik und Drohnentechnologie oder der Einsatz additiver Fertigung, der in vielen Fällen zur Verlagerung des Ortes der Produktion vom Produzenten (näher) zum Kunden führen kann. Dies kann im Resultat dazu führen, dass Produktion wieder ins Inland verlagert wird. Für eine Vielzahl von Firmen ist dies mit der Möglichkeit der wirksameren Organisation durch neuartige Gestaltung der Geschäftsprozesse verbunden.

Wenn Deutschland und Nordrhein-Westfalen in der Zukunft in den Rang eines attraktiven Partners im Bereich der Digitalisierung aufsteigen wollen, ist dies an entsprechende Weichenstellungen mit Blick auf eine attraktive Forschungs- und Unternehmenslandschaft geknüpft, die von steuerrechtlichen Voraussetzungen bis zur Umsetzung bei digitalen Lösungen reichen.

In Unternehmen ebenso wie in der öffentlichen Verwaltung wäre eine weitere Systematisierung der Digitalisierung an die Maßgabe geknüpft, für alle drei Dimensionen der digitalen Transformation (Leistungserstellungsmodell, Leistungsangebotsmodell, Kundeninteraktionsmodell) ingenieurmäßige Vorgehensweisen zu entwickeln und in der Praxis umzusetzen. Wenn es auf diese Weise gelingt, digitale Technologien optimal einzusetzen, könnte binnen kurzem ein echtes Alleinstellungsmerkmal entwickelt werden, das dazu beitragen könnte, Nordrhein-Westfalen als Vorzeigebispiel für die gelungene Amalgamierung einer Industrielandschaft mit Elementen einer modernen Digitalwirtschaft zu etablieren. Das Bundesland würde somit internationale Standards setzen, wäre zu privilegierten Partnerschaften mit ähnlichen Wirtschaftsräumen rund um die Welt befähigt und könnte „Old“ und „New Economy“ in eine attraktive Balance bringen.¹⁶

Diese Prozesse werden das Angebot an traditionellen Arbeitsplätzen einschneidend verändern und damit hervorrufen, dass der Stellenwert von Arbeit neu definiert wird. Sie werden damit auch in Europa zu Herausforderungen führen, die die politische, wirtschaftliche und soziale Integration derjenigen betrifft, die zu den Verlierern internationaler Arbeitsteilung zählen.

NACHHALTIGKEIT, ENERGIE UND KLIMA

Die vom künftigen Präsidenten Biden beabsichtigte Rückkehr der Vereinigten Staaten ins Pariser Klima-Abkommen und die Ankündigung des Ziels, den Ausstoß von Treibhausgasen bis zum Jahr 2050 auf Null zu reduzieren und gleichzeitig in erneuerbare Energien zu investieren, ermöglicht neue Felder der Kooperation in den transatlantischen Beziehungen auf dem Gebiet der Klimapolitik. Diese Zusammenarbeit kann auch als Neuanfang in der globalen Klimapolitik begriffen werden. Eine Annäherung in der Klimafrage würde auch dazu beitragen, die emotionale Entfremdung vieler europäischer Gesellschaften von Amerika zu überwinden und zu einem größeren Zusammengehörigkeitsgefühl führen. Dies wird am besten gelingen, wenn es ohne moralische Belehrungen als Angebot zur Kooperation und nicht als Forderung vorgebracht wird.

Klimapolitik und Energiepolitik hängen untrennbar zusammen. Auch in diesem Bereich eröffnen sich neue Kooperationschancen. Europa und Amerika werden in dem Bekenntnis zur Nachhaltigkeit wieder zusammenkommen. Energiepolitik befindet sich im tiefen Wandel. Neue Technologien bringen uns dem Ziel der Dekarbonisierung näher und schaffen dabei attraktive Wachstumschancen. Grüne Wasserstofftechnologien verdienen dabei besondere Aufmerksamkeit als ein möglicher „game changer“ in der Transformation unseres Energiesektors, unserer Industrien, unserer Verkehrssysteme und nicht zuletzt der Landwirtschaft.

In der Energiepolitik werden sich die europäischen Partner Amerikas zudem gegenüber der von der Administration Biden zu erwartenden Wiederbelebung der Nutzung der Kernenergie positionieren müssen. Auch wenn sich Deutschland im Inland auf dem Rückzug aus diesen Technologien befindet, so könnten sich für deutsche industri-



elle Anwender Perspektiven für eine künftige Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten ergeben, die von der Kraftwerkstechnik bis hin zur Entsorgung reichen.

Warum lohnt es sich, die Wasserstoffwirtschaft gemeinsam zu entwickeln? Deutschland steht heute noch am Anfang einer Entwicklung mit erheblichem, unausgeschöpftem Potential. Dazu zählt die Fokussierung auf Elektrolyse, ohne dass mögliche Alternativen wie Hydro- oder Pyrolyse hinreichend herangezogen werden. Ähnlich verhält es sich mit den Möglichkeiten der dezentralen Anwendung grüner Wasserstofftechnologien, zum Beispiel mit Hilfe von Biogasanlagen oder Klärwerken. Dies könnte insbesondere für KI-Modelle von hohem Interesse sein. Grüner Wasserstoff ist ein neuer Energieträger, der noch viel Forschungs- und Entwicklungsaufwand erfordert, aber erhebliches Potenzial eröffnet. Hier könnten die gewaltigen Forschungskapazitäten beiderseits des Atlantiks in einer koordinierten Weise eingesetzt werden. Vor allem aber erfordert der grüne Wasserstoff einen Skalierungseffekt.

Europa und Amerika könnten gemeinsame technologische Standards für den grünen Wasserstoff setzen. Dies würde die Eintrittskosten für Unternehmen, aber auch für Verbraucher reduzieren helfen. Eine Fragmentierung des Marktes und auch potenzielle Handelsbarrieren könnten damit verhindert werden. Dabei geht es unter anderem um die Transport- und Speicherinfrastruktur. Nicht zuletzt wird auch die Sicherheit der Versorgungswege eine Herausforderung darstellen, der wir gemeinsam begegnen sollten.

Europa und Amerika könnten einen gemeinsamen Wasserstoffmarkt aufbauen, der durch seine große Nachfrage eine schnellere Preissenkung ermöglichen würde. Dadurch würde auch eine globale Vermarktung von Wasserstoff beschleunigt werden können. Das könnte einen gemeinsamen Beitrag zum Klimaschutz, aber auch zum wirtschaftlichen Wachstum bilden. Beide Seiten in der transatlantischen Gemeinschaft sind entschlossen, den Verlust von Industriekapazitäten aufzuhalten oder gar, wenn möglich, rückgängig zu machen. Grüner Wasserstoff als klimafreundlicher Energieträger schafft wichtige Voraussetzungen für den Erfolg dieser Strategie. Ob Stahl, Zement oder Chemie, viele weitere energieintensive Industrien erkennen im grünen Wasserstoff eine Chance, sich in der emissionsfreien Wirtschaft die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Bei der Gestaltung des Wasserstoffmarktes gilt es, die Fehler des Gasmarktes zu vermeiden. Erdgas und insbesondere Erdgasinfrastruktur sind heute zu einem politischen Instrument geworden, dessen sich insbesondere autoritäre Regime gern bedienen. Das Wasserstoffgeschäft liegt vorrangig in der Hand von Unternehmen. Der Regulierungsrahmen muss aber von staatlichen Akteuren geschaffen werden und er sollte transparent und inklusiv sein. Wenn grüner Wasserstoff ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz sein soll, muss er allen Ländern und Regionen zur Verfügung gestellt werden. Dabei können wir auch den wirtschaftlich schwächeren Regionen einen Platz in der globalen Wasserstoffwirtschaft anbieten. Afrika als ein schnell wachsender Kontinent, dessen stabile Zukunft in unserem gemeinsamen Interesse liegt, wäre ein offensichtlicher Kandidat für eine solche Partnerschaft. Sein Potenzial an Solarenergie prädestiniert Afrika dazu, ein wichtiger Teilnehmer des Wasserstoffmarktes zu werden.

Bei der Konzipierung eines Finanzierungsmodells für die grüne Wasserstoffwirtschaft gibt es vielfältige Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Das europäische Finanzierungsmodell, von seinen öffentlichen Institutionen geprägt, hat viele Vorteile, tut sich aber schwer mit Innovationsförderung. Hier könnte von den amerikanischen Erfahrungen profitiert werden, ohne das amerikanische System kopieren zu müssen. Ein transatlantischer grüner Wasserstofffonds könnte für öffentliche und private Geldgeber offen sein. Der Europäische Investitionsfonds, an dem unter anderem die Kreditanstalt für Wiederaufbau beteiligt ist, würde in ihm mit privaten amerikanischen Investoren zusammenarbeiten. Der öffentliche Sektor würde die Ziele mitbestimmen und die rechtlichen Rahmenbedingungen definieren. Die Investitionsentscheidungen, soweit sie diesen Rahmen nicht überschreiten, müssten nach marktwirtschaftlichen Kriterien getroffen werden. Die Entwicklung des Mobilfunknetzes mit seiner komplexen Infrastruktur ist ein Beispiel, an dem sich, bei allen Unterschieden, auch der grüne Wasserstoffsektor orientieren könnte.

Bei der Förderung notwendigerweise disruptiver Forschung – wobei es stets zu bedenken gilt, dass der entscheidende Schritt von der Grundlagenforschung in die Praxis gelingen muss¹⁷ – könnte sich Nordrhein-Westfalen ein Beispiel an der amerikanischen Praxis nehmen und – zugleich als mögliche Modellstruktur für die Europäische Union – eine regionale „Defense Advanced Research Project Agency“ (DARPA) nach amerikanischem Vorbild aufbauen.¹⁸ Hier bietet sich eine intensive Zusammenarbeit mit den geografisch nahegelegenen Ländern Belgien und Niederlande an, die jeweils deutlich wachsende, forschungsstarke Digitalbereiche haben. Ein solches „Cluster“ könnte wiederum die Grundlage für weitergefasste europäische Projekte bilden, die ambitionierte Ziele zur vollständigen Ausschöpfung des enormen Potenzials der europäischen Forschungskapazitäten verfolgen.

VERTEIDIGUNG UND WELTRAUM

Das künftige Sicherheitsumfeld bleibt fordernd und wird weiterhin dynamischen Veränderungen unterworfen sein. In Zeiten von Globalisierung, Digitalisierung, Internet und Cyber verlieren Entfernungen an Bedeutung. Die Zunahme sicherheitspolitischer Gefährdungen, verschwimmende Grenzen zwischen staatlichen und privaten Akteuren, länderübergreifend agierende kriminelle Netzwerke und immer neue technologische Möglichkeiten erfordern auch in der Sicherheitspolitik einen innovativen Neuanfang.

Im Zentrum sollte eine konsequente Ausrichtung auf die gegenwärtigen und künftigen Bedrohungen sowie eine Überprüfung und notwendige Anpassungen der sicherheitspolitischen Instrumente stehen. Ziel muss es sein, den nationalen Konsens über Sicherheitspolitik zu verbreiten und die Bereitschaft der Europäer zu wecken, stärker in die eigene Sicherheit zu investieren.

Die sich weltweit rasch verändernden Rahmenbedingungen bewirken, dass zwischen äußerer Sicherheit und Heimatschutz nicht mehr trennscharf unterschieden werden kann. Wirkliche Sicherheit kann nur ressortübergreifend erreicht werden. Benötigt wird eine Strategie zur Gesamtverteidigung mit besonderem Augenmerk auf den Schutz kritischer Infrastruktur, wirksamer Prävention gegen Cyber-Attacken und den Missbrauch sozialer Medien.

Die militärischen und nichtmilitärischen Bedrohungen müssen dabei viel stärker als bisher als eine Einheit begriffen und das Vorhandensein asymmetrischer Bedrohungen anerkannt werden. Dazu gehören insbesondere auch die Fähigkeit und die Bereitschaft, Entwicklungen in der Energiewirtschaft und bei der Telekommunikation, den Schutz kritischer Infrastruktur ebenso wie die Themen Big Data, Künstliche Intelligenz, Automatisierung und Quantum Computing mit sicherheitspolitischen Fragestellungen zu verbinden.

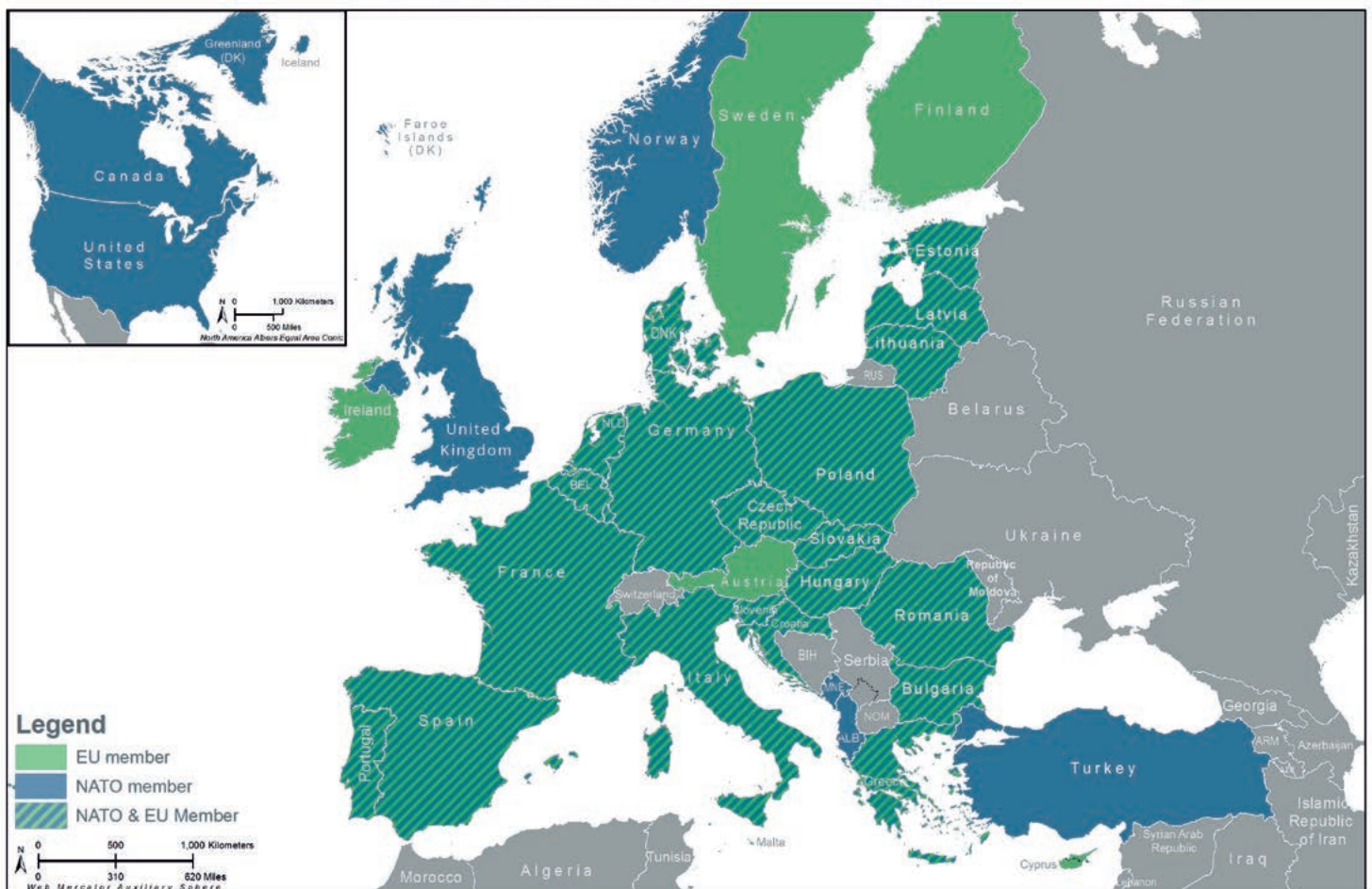
In einer immer unberechenbareren und gefährlicheren Welt müssen Streitkräfte in der Lage sein, spezialisiert, agil, mobil und flexibel auf ganz neue und vielfältige Gefahren reagieren zu können. Dazu zählen neben den Bedrohungen für die territoriale Integrität und den Schutz seiner Menschen auch gegen diejenigen Gefährdungen, die insbesondere von terroristischen Bedrohungen fanatischer Eiferer und weltweit tätiger Netzwerke ausgehen, vorbeugen zu können.

Die technologischen Trends, insbesondere in den Bereichen Künstliche Intelligenz, Robotik und Cyber, können konsequent umgesetzt das Fähigkeitsprofil von Streitkräften erweitern und sie besser als heute auf die Kon-

flikte der Zukunft vorbereiten. Unsere Sicherheit beruht auch künftig auf dem Schutz und der Fähigkeit zur Abschreckung gegen konventionelle und nukleare Bedrohungen. Daneben sind weitere Vorkehrungen gegen Gefährdungen durch hybride Kriegsführung zu treffen.

Die Modernisierung und Neuausrichtung der Streitkräfte auf ein sich veränderndes Sicherheitsumfeld wird deshalb diesseits und jenseits des Atlantiks in den kommenden Jahren weiter im Zentrum der staatlichen Aufgaben stehen. Europa ist deshalb gefordert, die Ausgaben für Streitkräfte in den einzelnen Staaten besser zu koordinieren, Fähigkeiten gemeinsam zu entwickeln und zu nutzen und damit einen größeren Anteil an der gemeinsamen

Mitglieder der Nordatlantischen Allianz und der Europäischen Union



Verteidigung zu übernehmen. Dies ist zugleich Garant, die Nordatlantische Allianz intakt und stark zu halten. Die NATO wird auch in Zukunft gemeinsamer Rahmen für unsere Sicherheit bleiben und der Verbindungsbogen zwischen Europa und Nordamerika sein.

Die NATO bleibt auch künftig vorrangiges Forum für die Konsultation und Entscheidungsfindung unter den Verbündeten. Die Allianz ist auch weiterhin die Grundlage der kollektiven Verteidigung. Keine andere Organisation kann diese Kernaufgabe auf absehbare Zeit wahrnehmen. Die NATO kann ihren im Washingtoner Vertrag beschriebenen Auftrag allerdings nur dann erfüllen, wenn sich Amerika weiterhin vollumfänglich zu den dort beschriebenen Verpflichtungen – insbesondere denjenigen aus Artikel 5 NATO-Vertrag – bekennt. Mit Blick auf komplexe militärische Operationen zur Krisenbeherrschung verfügt die NATO – vor allem aufgrund der von Amerika zur Verfügung gestellten strategischen Fähigkeiten und Kräftebeiträgen – über ein einzigartiges politisches und militärisches Dispositiv.

Europa aber muss sein Verhältnis zur Ordnung, Verbarmachung und Dimension seiner strategischen Kräfte und Mittel grundlegend klären. Die sicherheitspolitische Gestaltungskraft Europas ist abhängig vom politischen Willen und der militärischen Leistungsfähigkeit der Mitglieder der Europäischen Union und der anderen europäischen NATO-Mitglieder. Dies bezieht sich auf das Fähigkeitsprofil, die Verfügbarkeit des Instrumentariums aufgrund der von den Mitgliedsstaaten eingegangenen internationalen Verpflichtung, und es hat seine Entsprechung im Willen der Europäischen Union, die verfügbaren Fähigkeiten auch zu nutzen.

Die Europäische Union verfügt im Unterschied zur NATO über ein wesentlich breiteres Spektrum an zivilen und militärischen Instrumenten und Fähigkeiten. Sie kann auf eine stetig wachsende Erfahrung, insbesondere bei langfristiger Stabilisierung, Wiederaufbauhilfe und humanitären Einsätzen zurückgreifen. Dies schließt die Fähigkeit zur autonomen Planung und Führung von GSVP-Operationen ein. Sie könnte somit in der Lage sein, vor allem im Mittleren Osten und in Nordafrika eine Rolle als Ordnungshüterin einzunehmen, um die Vereinigten Staaten in diesen Regionen zu entlasten und das atlantische Bündnis durch eine angemessenere Rollen- und Lastenverteilung insgesamt zu stabilisieren.

Künftige Krisen- und Einsatzszenarien verlangen ein breites und möglichst gemeinsames ziviles und militärisches Fähigkeitsprofil. Vor diesem Hintergrund bietet eine Wiederbelebung des „comprehensive approach“¹⁹, des verteidigungspolitischen Ansatzes, der politische, zivile und militärische Instrumente zu kombinieren versucht, besonderes Potenzial. Und es geht darum, aus einem „single set of forces“ Europäischer Union sowie NATO ein breites, wirksames und durchhaltefähiges Fähigkeitsprofil zur Verfügung zu stellen. Dies schließt ausdrücklich eine gemeinsame Fähigkeitsentwicklung beider Organisationen auf dem Gebiet der Hochtechnologie ein.

Eine Verbesserung der militärischen Fähigkeiten der Europäischen Union, vor allem aber die Fähigkeit, europäische Sicherheit in einem gemeinsamen strategischen Ansatz mit der Nordatlantischen Allianz zu denken, könnte auch für die künftige Entwicklung der NATO entscheidend sein. In strategischer Hinsicht muss Europa dazu vorrangig das Verhältnis zu Russland neu und klar definieren. Neben Russland bilden der Mittelmeerraum und Westafrika wegen der amerikanischen Schwerpunktverlagerung nach Asien-Pazifik ein vorrangiges Handlungsfeld europäischer Außen- und Sicherheitspolitik. Die instabile Lage in Nordafrika und im östlichen Mittelmeerraum, zerfallende Staaten in Zentralafrika und Migrationsströme erfordern umfassende Strategien.

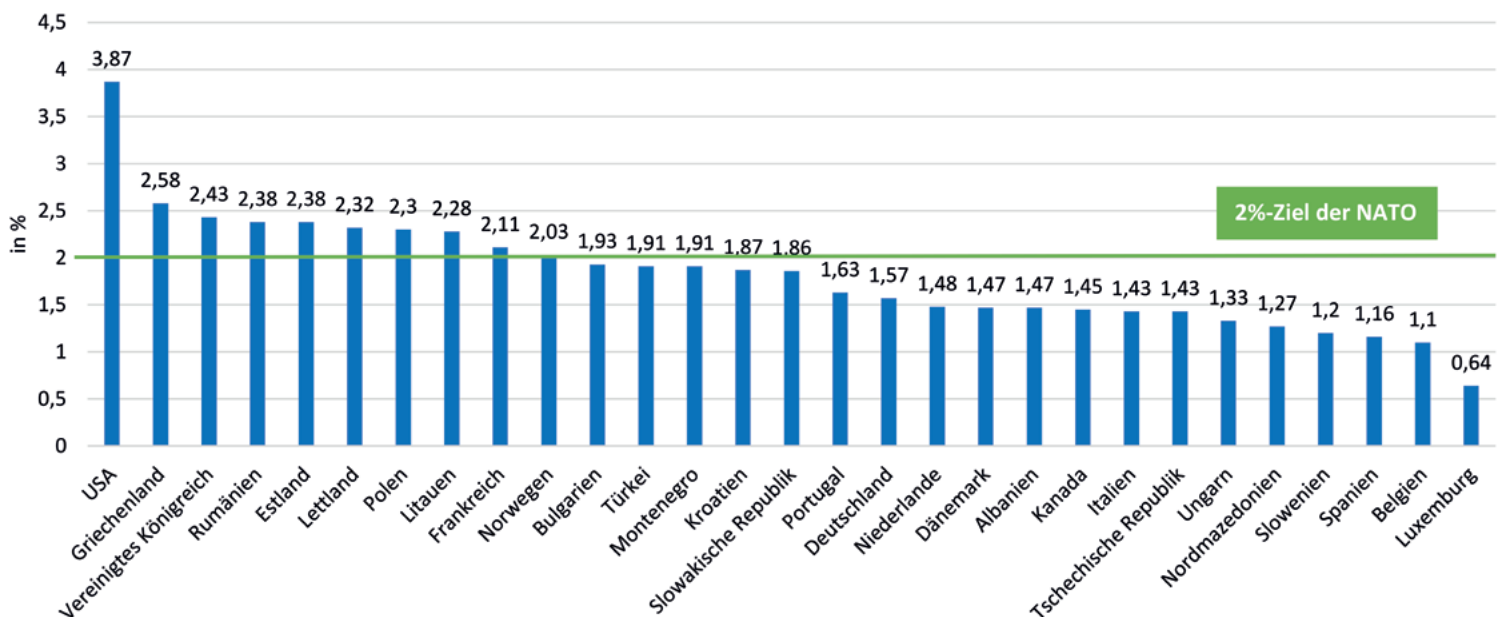
Wenn die Nordatlantische Allianz ihre künftige strategische Bedeutung definieren will, so wird auch die gemeinsame Beantwortung der über den Geltungsbereich des Washingtoner Vertrages hinausreichenden geopolitischen Fragen eine entscheidende Rolle spielen. Dabei geht es insbesondere auch um die mit den Turbulenzen im Nahen Osten, dem Aufstieg Chinas und den Entwicklungen Asiens verbundenen Fragestellungen. Der Zusammenbruch des 1987 etablierten Vertragswerks über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag), der am 2. August 2019 auslief, steht exemplarisch für die Notwendigkeit, im Lichte globaler Machtverschiebungen neue strategische Ansätze zu formulieren.

Eine gemeinsame Analyse und gemeinsame Schlussfolgerungen – insbesondere mit Blick auf Aufgaben und Lastenteilung – sind deshalb geboten, um die notwendige Einigkeit zwischen Europäern und Nordamerikanern zu erreichen, denn das nächste Kapitel im Verhältnis

zwischen Europa und Nordamerika in der Nordatlantischen Allianz wird eine noch sichtbarere europäische Handschrift tragen müssen.

Die strukturellen Faktoren zugunsten einer Neuausrichtung der amerikanischen Außenpolitik – insbesondere das Streben nach energiepolitischer Unabhängigkeit, die zunehmende wirtschaftliche Bedeutung Ostasiens und der Rückgang des Anteils an Bürgern der Vereinigten Staaten, die aufgrund ihrer Herkunft eine natürliche Verbundenheit zu Europa verspüren – werden weiter fortwirken. Zugleich wird sich die wirtschaftliche und politische Konkurrenz zwischen den Vereinigten Staaten und China fortsetzen und die Machtverlagerung vom atlantischen in den indopazifischen Raum verstärken. Der Versuch, das enorme wirtschaftliche Potenzial dieser Region zugunsten der amerikanischen Volkswirtschaft zu nutzen und dabei die wachsende Macht Chinas einzuhegen, wird die Politik der Vereinigten Staaten bestimmen.

Verteidigungsausgaben als Anteil am BIP der NATO-Mitgliedsstaaten



Quelle: NATO: Defense Expenditure of NATO Countries (2013–2020), 21.10.2020, S. 3

Die von Bundeskanzlerin Merkel in Trudering 2017 formulierte Erkenntnis – „Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in unsere eigene Hand nehmen“²⁰ – bedeutet, dass Europa Kapazitäten aufbauen muss, um auf dem Balkan und in seiner unmittelbaren Nachbarschaft, im Mittelmeerraum, Nordafrika und im Nahen Osten weitgehend unabhängig von Amerika handeln zu können. Dies entspricht den vitalen Interessen Europas und ist der Kern des Gedankens der „strategischen Souveränität.“²¹ Zwar wird sich Europa auch in Krisensituationen weiterhin auf die Beistandsverpflichtung der Amerikaner in Artikel 5 des NATO-Vertrages verlassen können. Die Stärkung der sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit der Europäer wird indes umso besser gelingen, wenn die Sicherheitspartnerschaft der Europäischen Union mit dem Vereinigten Königreich vertieft, Absagen an illusionäre sicherheitspolitische Vorhaben wie „strategische Autonomie“²² erteilt und die Zusammenarbeit zwischen Europäischer Union und NATO gestärkt wird. Europa hat es damit in der Hand, isolationistische Tendenzen in den Vereinigten Staaten zu fördern oder dazu beizutragen, ihnen die Grundlagen zu entziehen.

Die weitere Entwicklung des transatlantischen Verhältnisses wird maßgeblich auch davon abhängen, ob Europa mit einer eigenen Chinastrategie dazu bereit ist, den politischen und wirtschaftlichen Wettbewerb mit China in einem gemeinsamen strategischen Verständnis mit den Vereinigten Staaten zu führen. Dies bedeutet, auch darauf hinzuwirken, die politischen und militärischen Ambitionen Chinas einzuhegen, ohne bestehende Bande in den Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu kappen.

Für ein solches gemeinsames Vorgehen sollten insbesondere aktiv demokratische Länder geworben werden, die zu den NATO-Partnern „across the globe“ gehören.²³ Die regelmäßige Teilnahme europäischer Marineverbände an amerikanischen „Freedom of Navigation“-Operationen im Südchinesischen Meer könnte zu einer größeren Sichtbarkeit von europäischer Verantwortung in der Region beitragen.

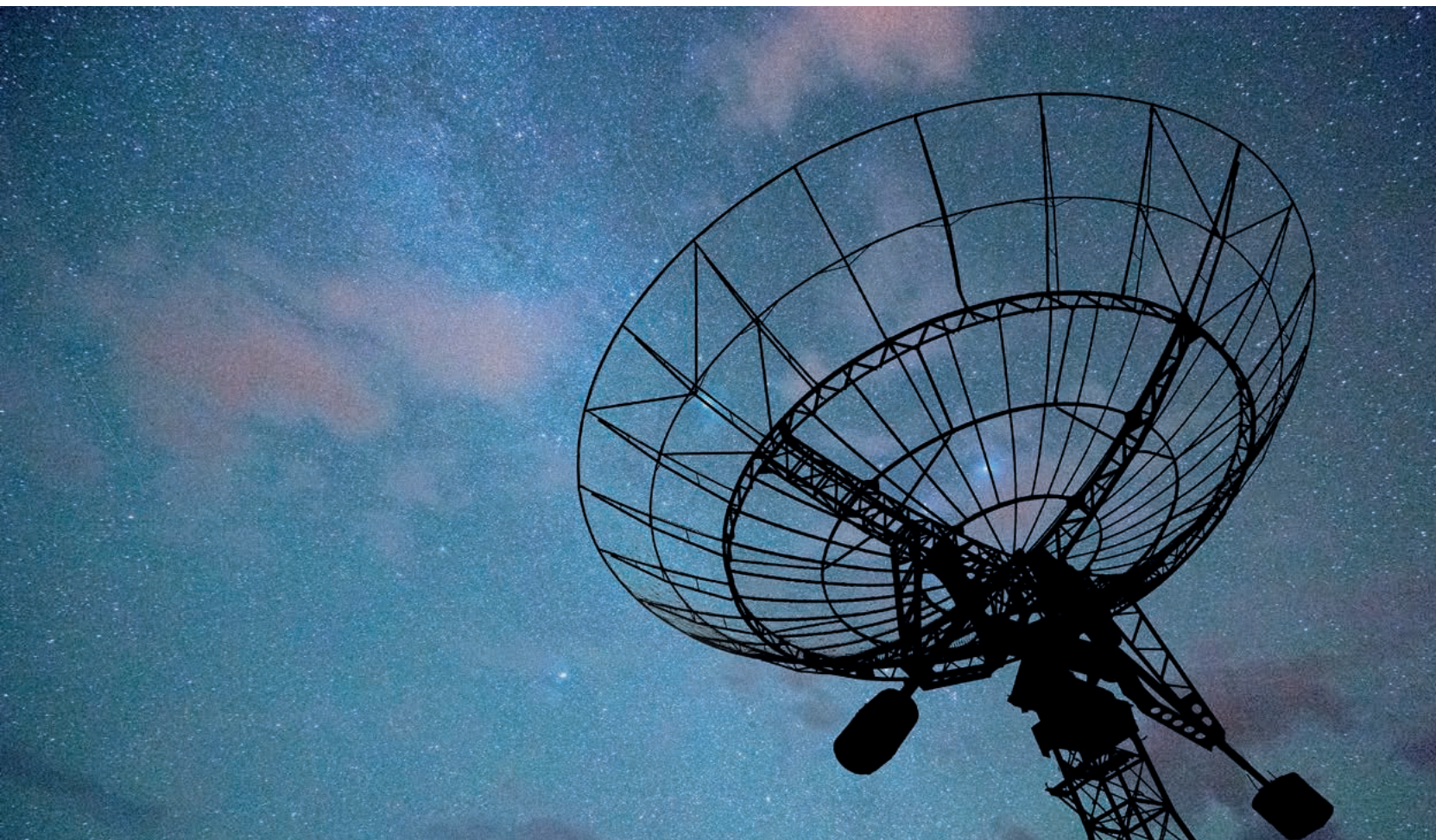
Eine aktivere Asienpolitik, die größere Übernahme von Verantwortung in Europas Nachbarschaft, ein arbeitsteiliges Vorgehen bei den Streitkräftefähigkeiten und eine gemeinsame Beschaffung sind für Europas außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit wesentlich. Sie ermöglichen, das Verhältnis zwischen Europa und den Vereinigten Staaten dauerhaft auf eine neue Grundlage zu stellen. Dabei müssen für die mit Künstlicher Intelligenz, autonomen Systemen und asymmetrischer Kriegsführung verbundenen ethischen und völkerrechtlichen Fragen gemeinsame Antworten gefunden werden.

Für die künftige Zusammenarbeit zwischen Europa und Amerika werden in zunehmendem Maße auch Fragen zur Nutzung und Sicherheit im Weltraum stehen. Satelliten nehmen heute bereits zentrale militärische Aufgaben wahr. Sie sorgen für sichere Kommunikationsverbindungen und liefern verlässliche Datensätze für Klimavorhersage und Navigation. Sie helfen, einen Schutzschirm gegen land- und seegestützte Mittelstreckenwaffen aufzubauen, Cyberangriffe abzuwenden und sind Frühwarnsystem vor militärischen Überraschungsschlägen. Auch die Europäische Union hat Fähigkeiten etabliert, die ihr die Wahrnehmung von Aufgaben im Weltraum

ermöglichen, ihre Rolle bei der Entwicklung neuer Technologien stärken und sie zur Weltraummacht befähigen sollen. Mehrere zentrale europäische Wirtschaftssektoren hängen inzwischen von Satellitendiensten ab, die die weltraumgestützten Aufgaben der Europäischen Union wahrnehmen. Auch hier bieten sich konkrete Anknüpfungspunkte für das Land Nordrhein-Westfalen, in dem eine ganze Reihe von führenden Einrichtungen angesiedelt ist, zukunftsweisende Weltraumforschung zu betreiben.²⁴

Der Weltraum ist heute schon Gegenstand militärischer Machtrivalität. Russland und China sind in der Lage, die amerikanische militärische Präsenz im Weltraum her-

auszufordern. Die von Präsident Trump beschlossene Stärkung der amerikanischen Militärpräsenz im Weltraum und der damit verbundene Aufbau von Fähigkeiten, sich gegen Raketenangriffe zu verteidigen, beziehungsweise diese abzuschrecken, bildet eine gemeinsame Zukunftsaufgabe, die sich auf Forschungsaktivitäten, den Aufbau von entsprechenden Streitkräftefähigkeiten und gemeinsame Ausbildungsprogramme bezieht, aber auch Fragen der Fortentwicklung des Völkergewohnheitsrechts und der Ethik zum Gegenstand hat.



DRITTER TEIL

EMPFEHLUNGEN
ZUR KÜNFTIGEN
PRIORITÄTENSETZUNG



Bei der Suche nach Stabilität, Ausgleich und Nachhaltigkeit ist die Partnerschaft zwischen Nordamerikanern und Europäern eine „conditio sine qua non“. Diese Partnerschaft zu pflegen und zu vertiefen ist Richtschnur für unsere Politik. Wir teilen die Werte der Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Wir arbeiten in der Nordatlantischen Allianz, dem stärksten und erfolgreichsten Bündnis der Geschichte, für den Frieden in der Welt. Wir sind durch in Jahrhunderten gewachsene Verbindungen und durch eine gemeinsame Weltsicht miteinander verbunden. Wir sind Partnern in der ganzen Welt mit kompatiblen Werten offen gegenüber. Wir haben weltpolitische Prüfungen gemeinsam bestanden und vertrauen einander.

Gute und belastbare transatlantische Beziehungen sind seit Jahrzehnten Fundament deutscher Außen- und Sicherheitspolitik und auch in Zukunft unverzichtbar. Gegenwärtig bleiben sie aber deutlich hinter ihren Möglichkeiten. Es gilt dabei insbesondere, verloren gegangenes Vertrauen wiederaufzubauen. Die langfristige Neuordnung des transatlantischen Verhältnisses ist deshalb im vitalen deutschen Interesse ebenso wie im Interesse von Nordrhein-Westfalen. Damit ist zugleich

aber auch die Einsicht verbunden, dass die Wiederbelebung des transatlantischen Verhältnisses nicht die erste Priorität der amerikanischen Außenpolitik bilden wird. Ihre Verwirklichung ist daran gebunden, dass Europäer und Amerikaner eine gemeinsame strategische Sichtweise entwickeln und bei der Zusammenarbeit Themen zum Gegenstand wählen, die diesem gemeinsamen strategischen Interesse entsprechen.

In allen Bereichen wird die Neuordnung des transatlantischen Verhältnisses umso besser gelingen, wenn die Europäische Union ihre Ziele mit Blick auf Wettbewerbsfähigkeit, Effizienz und Handlungsfähigkeit vollumfänglich erreicht. Dies schließt insbesondere eine Stärkung der Außen- und Sicherheitspolitik und die Beherrschung von Schlüsseltechnologien ein. Die Aushandlung eines neuen Handels- und Investitionsabkommens zwischen Europäischer Union und den Vereinigten Staaten, der Abbau von Zöllen und nichttarifärer Handelshemmnisse sowie die Neuordnung der NATO durch die Mitwirkung an einem neuen strategischen Konzept mit der Stärkung des europäischen Anteils an Streitkräftefähigkeiten zählen zu den politischen Prioritäten.

EMPFEHLUNGEN FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Es wird empfohlen,

1. aufgrund seiner industriepolitischen Ziele und seiner besonders günstigen verkehrsstrukturellen Lage, der Pflege und Vertiefung der transatlantischen Beziehungen hohe politische Priorität einzuräumen;
2. seine Interessen weiterhin konsequent über europäische Projekte, Initiativen und Instrumente wahrzunehmen und dabei insbesondere die Chancen zu nutzen, die sich aus Vorhaben gemeinsamen europäischen Interesses, zum Beispiel im Energiebereich, bieten;
3. die Vertretung seiner Interessen bei der Europäischen Union gemäß dieser Zielsetzung zu organisieren;
4. die Förderung der Vertiefung der Kenntnisse über Geschichte und Kultur der Vereinigten Staaten zu einem bildungs- und wissenschaftspolitischen Schwerpunkt zu wählen und dabei Schulen, Hochschulen und weiterführende Bildungseinrichtungen sowie zunehmend auch Unternehmen, Stiftungen, Verbände und Gewerkschaften zu befähigen, dazu beizutragen, dass in der Zivilgesellschaft das

Verständnis für Amerika und die strategische Bedeutung der transatlantischen Beziehungen weiter wachsen kann;

5. einen Megacity-Dialog zum Themendreieck Energieversorgung, Cleantech und Smart Cities mit internationalen Städtepartnern anzuregen.

Ein Neuanfang im strategischen Dialog mit den Vereinigten Staaten sollte künftige Herausforderungen und Handlungsfelder identifizieren. Ein kontinuierlicher Personalaustausch und ebenengemäße Formate der Kooperation können dabei helfen, eine nachhaltige Vertiefung der Beziehungen zu erreichen und weiteres Vertrauen zu bilden. Auf der Grundlage einer gemeinsamen Problemanalyse und einer darauf aufbauenden gemeinsamen Innovationsagenda, die das Profil des Landes Nordrhein-Westfalen als modernen, digital integrierten Wirtschaftsstandort schärft, könnte ein qualitativer Schub in den Beziehungen erreicht werden. Die Maßnahmen werden dabei umso besser umgesetzt werden können, wenn der künftige Dialog mit den Vereinigten Staaten sowohl von Seiten der Bundesregierung als auch der Landesregierung Nordrhein-Westfalen strategisch angelegt ist und das Potential der Zusammenarbeit mit amerikanischen Bundesstaaten weiter ausgeschöpft wird.



Der vertiefte Austausch und die themenübergreifende Kooperation sollen die Herausbildung einer gemeinsamen strategischen Kultur ermöglichen. Bei der Auswahl der Themen ist die Schwerpunktsetzung so zu wählen, dass die Lösung drängender Probleme unserer Zeit und die Beschäftigung mit Zukunftstechnologien die Agenda bestimmen. Dabei sollten insbesondere Themen gewählt werden, die gemeinsam mit anderen Partnern angeboten werden können. Die Themen Digitalisierung, Klimaschutz, Energiesicherheit, Wasserstofftechnologie, Logistik und Sicherheit bieten dabei besonderes Potenzial und sollten deshalb im Fokus stehen.

Es wird deshalb vorgeschlagen, folgende operative Anpassungen auf den Weg zu bringen:

1. Die Schaffung einer eigenen digitalen Infrastruktur im Sinne der von der Europäischen Union angestrebten „digitalen Souveränität“

Eine zentrale Rolle wird bei diesem Vorhaben das europäische Projekt Gaia-X einnehmen, das das Ziel verfolgt, Europa eigenständige und im internationalen Maßstab

führende Rechnerkapazitäten zu verleihen und ein vernetztes, digitales Ökosystem aufzubauen, in das auch außereuropäische Partner eingebunden werden können.²⁵ Die in Bonn ansässige Deutsche Telekom ist eng mit diesem Projekt verbunden, sodass das Land Nordrhein-Westfalen die Chance hat, unmittelbar an der Entwicklung einer tatsächlichen europäischen digitalen Souveränität beteiligt zu sein.

Darüber hinaus muss der Aufbau eigener Analyse-, Diagnose- und Antizipationskapazitäten erfolgen. Dabei sollte eine Strategie der multilateralen Zusammenarbeit zur Entwicklung eines robusten Normen- und Standardkodex auf der Grundlage des Völkerrechts vereinbart werden. In diesem Zusammenhang wird auch vorgeschlagen, einen transatlantischen Digitalrat zu etablieren. Dieser Digitalrat könnte auf der Basis eines besser koordinierten interministeriellen Austausches in den Mitgliedsstaaten und in enger Zusammenarbeit mit Technologieunternehmen agieren. Bei der dezentralen Umsetzung der europäischen Digitalstrategie könnte sich Nordrhein-Westfalen – idealerweise in Zusammenarbeit mit den Nachbarn Belgien und Niederlande – als einer der Kernstandorte anbieten.



2. Die Förderung von disruptiver Forschung und Innovation durch eine Landesbehörde

Nach dem Beispiel der US-amerikanischen Defense Advanced Research Project Agency (DARPA) könnte eine solche Behörde eingerichtet werden, die gezielt disruptive Forschung und Innovation fördern und damit der internationalen Zusammenarbeit zwischen Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen und in den Vereinigten Staaten neue Impulse geben könnte. Eine solche Institution könnte dann auch zu einem Kernbereich der Zusammenarbeit mit Amerika beziehungsweise einzelnen Bundesstaaten werden. Die Erfahrungen der deutsch-französischen „Joint European Disruptive Initiative“ (JEDI) würden dabei zur Orientierung herangezogen werden.

3. Die Einrichtung eines „single point of contact“ der Landesregierung Nordrhein-Westfalen in den Vereinigten Staaten

Seitens der Landesregierung könnte ein Ansprechpartner bei Investitions- und Kooperationsvorhaben vor Ort (zum Beispiel in Chicago oder Los Angeles) benannt und mit einem Büro ausgestattet werden, der die Kooperationsprojekte eng begleitet. Dieses Büro könnte die Landesregierung darüber hinaus konsequent für die Anbahnung von Kontakten vor Ort, für das Landesmarketing und für die strategische Kommunikation mit US-Regierungsstellen nutzen.

4. Die Schaffung einzelner, themenspezifischer Kooperationscluster (beispielsweise im Bereich Aus- und Weiterbildung).

Solche Cluster könnten eine Vorreiterrolle übernehmen und aufzeigen, wie sich transatlantische Kooperation „im Kleinen“ auf- und ausbauen lässt. Konkret könnte es beispielsweise auf dem in den Vereinigten Staaten wieder stark wachsenden Interesse am dualen Ausbildungsmodell sowie am dualen Studium aufbauen und insbesondere Partnerschaften zwischen amerikanischen Universitäten und Community Colleges sowie deutschen (Fach-)Hochschulen fördern. Seitens der Landesregierung sollte der Versuch unternommen werden, gemeinsam mit geeigneten Akteuren innerhalb der künftigen amerikanischen Administration ein Lehrlingsaus- und Weiterbildungsprogramm aufzusetzen, das insbesondere die deutschen Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen mit Standorten in den Vereinigten Staaten verbindet und den Austausch fördert.

EMPFEHLUNGEN FÜR DIE BUNDESREGIERUNG UND DEN DEUTSCHEN BUNDESTAG

Es wird empfohlen, den 1989 von Präsident George H.W. Bush gemachten Vorschlag einer „partnership in leadership“ mit Leben zu erfüllen in der Überzeugung, dass die Vereinigten Staaten und Europa nur gemeinsam die Herausforderungen der Zwanziger Jahre des 21. Jahrhunderts meistern können.

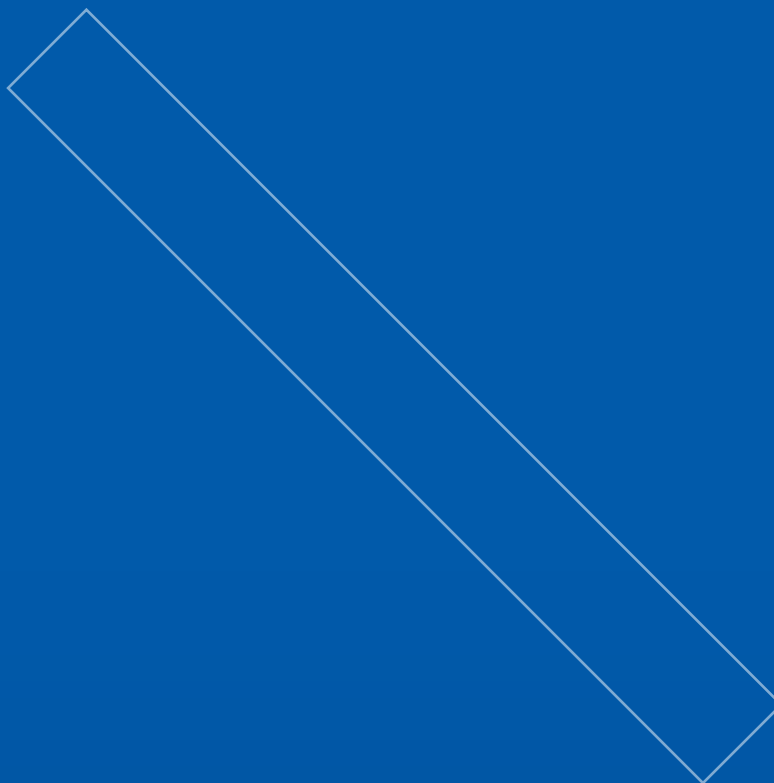
In diesem Zusammenhang wird insbesondere empfohlen:

1. eine enge Kooperation und Abstimmung bei Handels-, Technologie-, Industrie-, Gesundheits-, Sicherheits- und Umweltfragen sowie Menschenrechtsstandards und Eigentumsrechten, insbesondere auch durch die Zusammenarbeit in internationalen Organisationen;
2. die Förderung des Abschlusses eines transatlantischen Freihandels-, Innovations-, Industriegüter- und Investitionsabkommens zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten (mit der Perspektive einer mittelfristigen Öffnung des Abkommens gegenüber den Anrainerregionen des südlichen Atlantiks) sowie den Einsatz für den Abbau von Industriegüterzöllen, nichttarifären Handelshemmnissen und unnötiger Bürokratie;
3. eine geoökonomische und geostrategische Abstimmung und die Entwicklung einer gemeinsamen Risikofrüherkennungsinfrastruktur; die Schaffung einer gemeinsamen Chinastrategie; eine gemeinsame Sicherung von Versorgungswegen, Lieferketten, Rohstoffen und Technologien;
4. die jährliche Erstellung eines „Strategischen Risiko- und Vorsorgeberichts“. Dieser Bericht kann in enger Kooperation zwischen transatlantischen Think-Tanks, der American Chamber of Commerce und Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft erstellt werden. In einem umfassenden gesamtheitlichen Risikobild könnten dabei geostrategische und geoökonomische Perspektiven miteinander verbunden sowie globale und regionale Risiken für Wohlstand, Innovation und Sicherheit regelmäßig erfasst und bewertet werden. Zu den Anforderungen dieses Berichts gehört insbesondere die Vorgabe, Entwicklungen in der Energiewirtschaft und bei der Telekommunikation, Fragen der kritischen Infrastruktur ebenso wie Themenstellungen der Künstlichen Intelligenz mit sicherheitspolitischen Fragestellungen zu verbinden;
5. eine gemeinsame Förderung von Wasserstofftechnologie und -infrastruktur; die Entwicklung eines gemeinsamen technologischen Standards für grünen Wasserstoff; die Schaffung eines gemeinsamen Wasserstoffmarktes; Kooperation in der Finanzierung und der Innovationsförderung im Bereich des Wasserstoffes; die Schaffung eines grünen Wasserstofffonds und von Reallaboren sowie eine Abstimmung und Synchronisierung im Bereich der Technologieentwicklung, insbesondere bei der Biotechnologie;
6. der Aufbau einer gemeinsamen Datensammlung zur Klimaforschung;
7. eine Stärkung der Funktion des Koordinators für die transatlantische Zusammenarbeit mit Blick auf staatliche Institutionen, Stiftungen, Verbände und private Geldgeber, auch mit Blick auf den Neuaufbau einer Infrastruktur der Deutschlandbeschäftigung an Universitäten und Think-Tanks.

- 1 Der Begriff entstammt der Rede von US-Präsident George H.W. Bush in der Rheingoldhalle in Mainz am 31. Mai 1989: "And the historic genius of the German people has flourished in this age of peace, and your nation has become a leader in technology and the fourth largest economy on Earth. But more important, you have inspired the world by forcefully promoting the principles of human rights, democracy, and freedom. The United States and the Federal Republic have always been firm friends and allies, but today we share an added role: partners in leadership", abrufbar unter: <https://usa.usembassy.de/etexts/ga6-890531.htm> (30.11.2020).
- 2 Robert Kagan, *The World America Made*, Vintage 2013.
- 3 Charles Krauthammer, *The Unipolar Moment*, in: *Foreign Affairs* Bd. 70 (1), 1990/91, S. 23-33.
- 4 Michael Howard, *The Springtime of Nations*, in: *Foreign Affairs* Bd. 69 (1), 1989/90, S. 17-32.
- 5 Edge-Computing ermöglicht eine schnellere Übertragung von Daten, in dem diese bereits an den Rand, den „Edge“, des Netzwerks gebracht werden. Die Technologie ist der Schlüssel zur Ermöglichung des „Internet of Things“ (IOT).
- 6 The Policy Planning Staff, Office of the Secretary of State (Hg.), *The Elements of the China Challenge*, Washington, November 2020, abrufbar unter: <https://www.state.gov/wp-content/uploads/2020/11/20-02832-Elements-of-China-Challenge-508.pdf> (30.11.2020).
- 7 *Regional Comprehensive Economic Partnership Agreement*, 15. November 2020, abrufbar unter: <https://rcepsec.org/legal-text/> (30.11.2020).
- 8 Vgl. hierzu United Nations Office for Disaster Risk Reduction, 2020 *State of the Climate Report* (Hg.), *Risk Information and Early Warning Systems*, 13. Oktober 2020, abrufbar unter: https://library.wmo.int/doc_num.php?explnum_id=10385 (30.11.2020).
- 9 Vgl. hierzu United Nations Office for Disaster Risk Reduction (Hg.), 2020 *State of the Climate Report, Risk Information and Early Warning Systems*, 13. Oktober 2020, abrufbar unter: https://library.wmo.int/doc_num.php?explnum_id=10385 (30.11.2020).
- 10 2014 erfolgte Zusammenschluss von mittlerweile über 30 Staaten mit einer klimapolitischen Agenda.
- 11 Vgl. hierzu Joseph R. Biden, *Why America Must Lead Again*, in: *Foreign Affairs* Bd. 99 (2), 2020, S. 64-76.
- 12 Vgl. hierzu Richard Holbrooke, *America, A European Power*, in: *Foreign Affairs* Bd. 74 (2), 1995, S. 38-51.
- 13 Vgl. hierzu den Trade Expansion Act von 1962 (Abschnitt 232) und das US-Außenhandelsgesetz aus dem Jahr 1974 (Abschnitt 301), abrufbar unter: <https://www.govinfo.gov/content/pkg/STATUTE-76/pdf/STATUTE-76-Pg872.pdf>, und <https://www.govinfo.gov/content/pkg/STATUTE-88/pdf/STATUTE-88-Pg1978-2.pdf> (30.11.2020).
- 14 Zahlen gemäß Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (Hg.), *Fakten zum deutschen Außenhandel*, September 2020, abrufbar unter: https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Aussenwirtschaft/fakten-zum-deutschen-aussenhandel.pdf?__blob=publicationFile&v=20 (30.11.2020).
- 15 Vgl. hierzu Heiko Borchert und Johann Frank, *COVID-19: Strategische Krisenfestigkeit braucht ein neues Gleichgewicht von Staat und Wirtschaft*, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 10. Mai 2020, abrufbar unter: <https://www.nzz.ch/meinung/covid-19-strategische-krisenfestigkeit-braucht-ein-neues-gleichgewicht-von-staat-und-wirtschaft-ld.1555473?reduced=true> (30.11.2020).
- 16 Es bieten sich eine Reihe konkreter Anwendungsfelder:
 - 1) Die Themenverbindung von Energieversorgung, Clean Tech und Smart Cities. Hier könnten sich Städtepartnerschaften anbieten, um eine internationale Initiative zu fördern, die Megastädte zu Vorreitern in diesem Themendreieck macht.
 - 2) Darüber hinaus kann aufgrund der Ansässigkeit der Deutschen Telekom und des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) in Nordrhein-Westfalen eine besondere Expertise im Bereich der Cybersicherheit vorgewiesen werden.
 - 3) Zudem besitzt die VN-Stadt Bonn alle relevanten Institutionen, um einen internationalen Beitrag zur Erfüllung der Sustainable Development Goals (SDG) zu leisten.

- 17 Eine Alternative könnte darin bestehen, sogenannte Reallabore zu fördern, die einen Beitrag zur Umsetzung der formulierten NRW-Technologiestrategie leisten können. Reallabore sind Testräume für Innovation und Regulierung und dienen dazu, unter realen Bedingungen Erfahrungen mit digitalen Innovation zu sammeln. Sie dienen dazu, Ergebnisse aus der Grundlagenforschung in anwendungsorientierte Produkte zu überführen und Märkte zu erschliessen. Regulatorische Vereinfachungen sollen diesen Übergang beschleunigen. Ein solcher Ansatz würde sich effektiv mit dem Vorgehen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) decken.
- 18 Die Defense Advanced Research Projects Agency (DARPA) ist eine Behörde des amerikanischen Verteidigungsministeriums zur Durchführung langfristig angelegter Forschungsprojekte für das amerikanische Militär und Weltraumprojekt.
- 19 Vgl. hierzu Punkt 11 des Kommuniqués des NATO-Gipfels in Bukarest im Jahr 2008, abrufbar unter: https://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_8443.htm (30.11.2020).
- 20 Der Wortlaut der Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel am 28. Mai 2017 in Trudering ist abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=mae6t3nETpM> (30.11.2020).
- 21 Vgl. hierzu die Rede des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron in Paris am 26. September 2017, Initiative pour l'Europe – Discours d'Emmanuel Macron pour une Europe souveraine, unie, démocratique, abrufbar unter: <https://www.elysee.fr/emmanuel-macron/2017/09/26/initiative-pour-l-europe-discours-d-emmanuel-macron-pour-une-europe-souveraine-unie-democratique> (30.11.2020).
- 22 Vgl. hierzu Barbara Lippert, Nicolai von Ondarza und Volker Perthes (Hgg.), Autonomie Europas: Akteure, Handlungsfelder, Zielkonflikte, SWP-Studie, Februar 2019, abrufbar unter: https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2019S02_lpt_orz_prt.pdf (30.11.2020).
- 23 Vgl. hierzu jetzt auch den Expert Group Report to the NATO Secretary General vom 25. November 2020, abrufbar unter: https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2020/12/pdf/201201-Reflection-Group-Final-Report-Uni.pdf (01.12.2020) sowie Douglas Lute und Nicholas Burns (Hgg.), NATO at Seventy, An Alliance in Crisis, Harvard Kennedy School, Report, February 2019, abrufbar unter: <https://www.belfercenter.org/sites/default/files/files/publication/NATOatSeventy.pdf> (30.11.2020).
- 24 So gibt es beispielsweise das Fraunhofer-Institut für Künstliche Intelligenz unter anderem mit den Schwerpunkten Künstliche Intelligenz, Sensordatenfusion, Weltraumbeobachtung, das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) sowie das in Kalkar angesiedelte Joint Air Power Competence Center (JAPCC), das einen Beitrag zur Stärkung der Kompetenzen der NATO in dem zunehmend wichtiger werdenden Bereich der Weltraumstrategie liefern könnte.
- 25 Vgl. hierzu in GAIA-X: A Federated Data Infrastructure for Europe, abrufbar unter: <https://www.data-infrastructure.eu/GAIA-X/Navigation/EN/Home/home.html> (30.11.2020).

ANHANG



Der Weg zum Bericht

24. September	Konstituierende Sitzung der Task Force in Bonn
24.–25. September	Kolloquium „Dialog für Strategische Vorausschau und die Zukunft der transatlantischen Beziehungen“ in Bonn
8. Oktober	Expertenanhörung „Amerika nach den Wahlen: innenpolitischer Systemwandel und weltpolitische Rolle“ in Berlin
28. Oktober	Expertenanhörung „Arbeit, Forschung, Innovation, Technologie: neue Wirklichkeiten und neue Ideen“ (ausschließlich digital)
30. Oktober	Expertenanhörung „Transatlantic Relations and Geostrategic Change: Constants, Changes and Options for Action“ (ausschließlich digital)
12. November	Abschlussdiskussion (ausschließlich digital)
2. Dezember	Veröffentlichung und Diskussion des Berichts beim International Security Forum Bonn 2020



Dank

Wir danken den nachfolgenden Personen für ihre Mitwirkung bei den Expertenanhörungen und Veranstaltungen auf dem Weg zum Bericht sowie für vielfältige andere Unterstützung.

Dr. Yoni Appelbaum

Leitender Redakteur bei The Atlantic, Washington D.C. (USA)

Dr. Colin Barr

Senior Lecturer im Fachbereich Geschichte, University of Aberdeen (UK) und Visiting Faculty Fellow an der Keough School of Global Affairs, University of Notre Dame (USA)

Benjamin Becker

Direktor des Amerika Hauses e.V. NRW, Köln

Prof. Dr. Russell Berman

Walter A. Haas Professor für Geisteswissenschaften, Professor für Germanistik und vergleichende Literaturwissenschaften und Senior Fellow an der Hoover Institution, Stanford University (USA)

Peter Beyer MdB

Mitglied des Deutschen Bundestags und Koordinator für die transatlantische Zusammenarbeit der Bundesregierung im Auswärtigen Amt, Berlin

Prof. James Bindenagel

Botschafter a.D. und Seniorprofessor am Center for Advanced Security, Strategic and Integration Studies, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Dr. Josef Braml

Leiter des Amerika-Programms bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. und Generalsekretär der Deutschen Gruppe der Trilateralen Kommission, Berlin

Philipp Dienstbier

Referent für Transatlantische Beziehungen in der Abteilung Internationale Politik und Sicherheit, Hauptabteilung Analyse und Beratung bei der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Berlin

Philipp Dürr

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Öffentliches Recht und am Institut für Völkerrecht, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Denise Feldner

CEO der IP-tec.Co GmbH, Berlin

Dr. Enrico Fels

Geschäftsführer des Center for Advanced Security, Strategic and Integration Studies, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Prof. Nik Gowing

Gründer und Direktor von Thinking the Unthinkable; Gastprofessor am Department of War Studies am King's College, London (UK)

Prof. Dr. Xuewu Gu

Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Beziehungen und Direktor des Center for Global Studies, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Prof. Dr. Christian Hacke

em. Professor für Politische Wissenschaft, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Prof. Dr. Wolfram Hilz

Professor für Politische Wissenschaft und Direktor des Center for Advanced Security, Strategic and Integration Studies, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Dr. Holger Janusch

Akademischer Oberrat des Nordamerikastudienprogramm am Institut für Anglistik, Amerikanistik und Keltologie, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Franz Karg

Junior Policy Analyst Abteilung für Regulierungspolitik und Direktion für Öffentliche Verwaltung bei der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Paris

Dr. Patrick Keller

Vizepräsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Berlin

Roderich Kiesewetter MdB

Mitglied des Deutschen Bundestags, Berlin

Sabine Klaßmann-Voß

Leiterin des Grundsatzreferats der Außenwirtschaftsgruppe im Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Dr. Thomas Koenen

Abteilungsleiter Digitalisierung und Innovation beim Bundesverband der Deutschen Industrie e.V., Berlin

Oberst a.D. Bernd Kögel

Geschäftsführer der Studiengesellschaft der DWT mbH, Bonn

Michael Kordus

Bereichsleiter Westeuropa und Nordamerika bei der NRW.Global Business GmbH, Düsseldorf

Stefan Kornelius

Ressortleiter Außenpolitik der Süddeutschen Zeitung, München

Prof. Dr. Volker Kronenberg

Dekan der Philosophischen Fakultät und Direktor des Center for Advanced Security, Strategic and Integration Studies, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Prof. Dr. Ludger Kühnhardt

Professor für Politische Wissenschaft und Direktor des Zentrums für Europäische Integrationsforschung, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Dr. Rose Luminiello

Research Fellow, University of Aberdeen (UK)

Prof. Dr. Andreas Lutsch

Professor für nachrichtendienstliche Analyse an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Berlin

Dr. Stormy-Annika Mildner

Abteilungsleiterin Außenwirtschaftspolitik beim Bundesverband der Deutschen Industrie e.V., Berlin

General a.D. Klaus Naumann

ehem. Generalinspekteur der Bundeswehr, München

Dr. hc. Uwe Nerlich

Geschäftsführer des Centre for European Security Strategies, München

Eva Offele

Persönliche Referentin des Staatssekretärs für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Julian Ostendorf

Referent für Strategische Planung und Koordination, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V., Berlin

Clemens Otte

Stellvertretender Abteilungsleiter Digitalisierung und Innovation beim Bundesverband der Deutschen Industrie e.V., Berlin

Prof. Dr. Friedbert Pflüger

Mitglied European Cluster for Climate, Energy and Resource Security, Center for Advanced Security, Strategic and Integration Studies, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn; Geschäftsführender Gesellschafter bei Bingmann Pflüger International, Berlin

Eva Platz

Leiterin der Geschäftseinheit Nordamerika bei der NRW.Global Business GmbH, Düsseldorf

Christoph Prantner

Politischer Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung, Berlin

Dr. Jana Puglierin

Leiterin des Berliner Büros des European Council on Foreign Relations, Berlin

Valerie Ross

Referentin für Außenwirtschaftspolitik beim Bundesverband der Deutschen Industrie e.V., Berlin

Hon. Prof. Jürgen Rüttgers

Bundesminister a.D. und Ministerpräsident a.D., Honorarprofessor am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, Rheinische-Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Lukas Schmelter

Referent in der CDU-Geschäftsstelle Hochsauerlandkreis, Meschede

Ludger Siemes

Leiter der Abteilung IV Europa und Internationale Angelegenheiten bei der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Dr. Mark Speich

Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Dr. Tobias Traupel

Ministerialdirigent im Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld

Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung und Professor für Politische Wissenschaft, Ludwig-Maximilians-Universität München

Partner

Wir danken den folgenden Institutionen:



Impressum

Herausgeber

Task Force „Zukunft der transatlantischen Beziehungen“

der Henry-Kissinger-Professur für Sicherheits- und Strategieforschung am Center for Advanced Security, Strategic and Integration Studies
Römerstraße 164
53117 Bonn
Deutschland
www.cassis.uni-bonn.de

Projektteam

Cornelius Lilie
Ulrich Schlie
Maximilian Raab
Marcel Turlach
Fenja Wiluda

Tel.: +49 (0) 228 73 3145
E-Mail: transat@uni-bonn.de

Design

designlevel 2
www.designlevel2.de

Druck

Druckerei Eberwein OHG

Bildnachweis

Umschlag und Seiten 6, 16, 32 und 34/35:
EU-Parlament: [istockphoto.com/olrat](https://www.istockphoto.com/olrat)
NRW-Landtag: [Alamy.de](https://www.alamy.de)
Bundestag: [AdobeStock.com/Mikhail Markovskiy](https://www.adobe.com/stock/123456789/Mikhail_Markovskiy)
Kapitol: [AdobeStock.com/Zack Frank](https://www.adobe.com/stock/123456789/Zack_Frank)
Seite 7: Volker Lannert/Universität Bonn
Seite 12: [Alamy.de](https://www.alamy.de)
Seite 14: [iStockphoto.com/Michael Boeckling](https://www.istockphoto.com/Michael_Boeckling)
Seite 16: [Alamy.de](https://www.alamy.de)
Seite 20: [AdobeStock.com/mitifoto](https://www.adobe.com/stock/123456789/mitifoto)
Seite 23: Volker Lannert/Universität Bonn
Seite 26: [iStockphoto.com/onurdongel](https://www.istockphoto.com/onurdongel)
Seite 33: [iStockphoto.com/zhudifeng](https://www.istockphoto.com/zhudifeng)

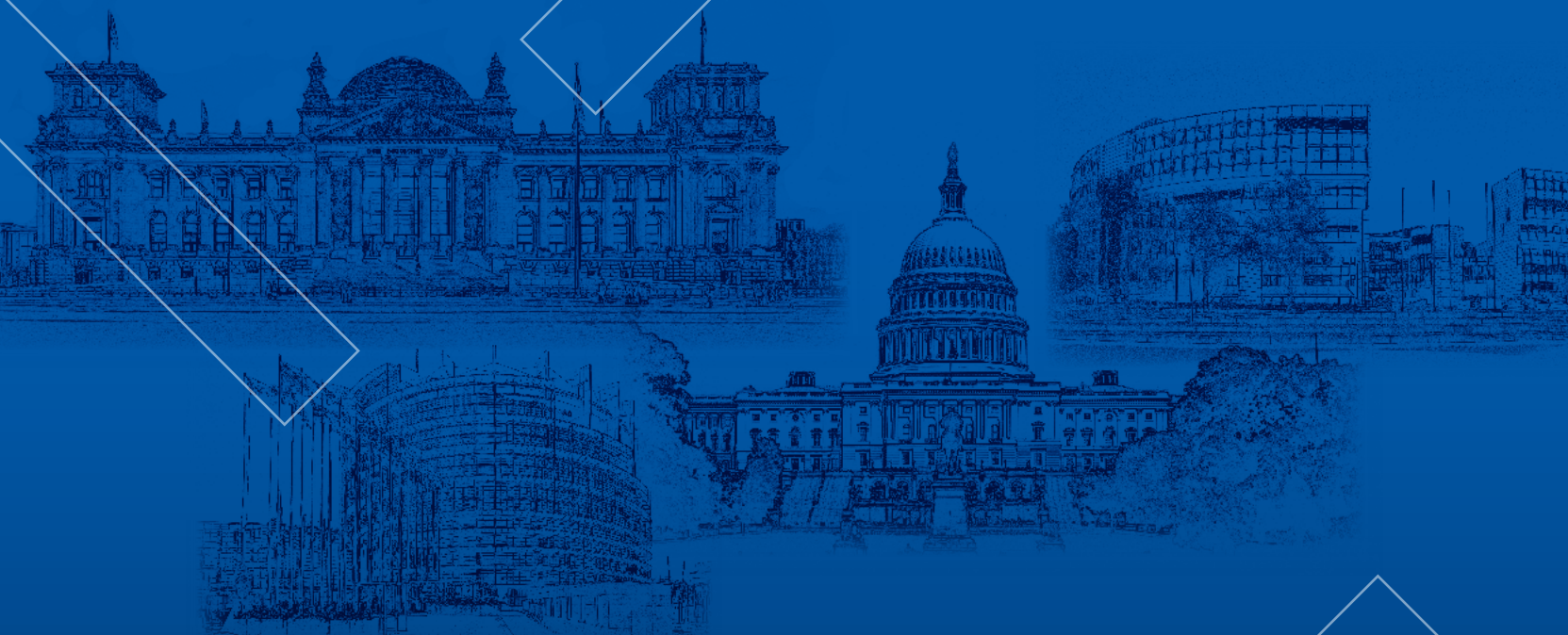
Urheberrecht

Das Urheberrecht (2020) liegt beim Center for Advanced Security, Strategic and Integration Studies. Jede Form der Vervielfältigung außerhalb der Grenzen des Urheberrechts bedarf der Zustimmung des jeweiligen Autors beziehungsweise Erstellers.

Redaktionsschluss

12/2020

Die im Bericht enthaltenen Wertungen geben nicht notwendigerweise die Auffassung jedes einzelnen Mitglieds der Task Force wieder.



Henry-Kissinger-Professur für
Sicherheits- und Strategieforschung
am Center for Advanced Security,
Strategic and Integration Studies
Römerstraße 164
53117 Bonn
Deutschland



PARTNERSHIP IN LEADERSHIP: A NEW BEGINNING

Neue Impulse für die transatlantischen Beziehungen

Bericht der Task Force „Zukunft der transatlantischen Beziehungen“
bei der Henry-Kissinger-Proffessur für Sicherheits- und Strategieforschung
der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Henry-Kissinger-Proffessur für
Sicherheits- und Strategieforschung
am Center for Advanced Security,
Strategic and Integration Studies
Römerstraße 164
53117 Bonn
Deutschland

Dezember 2020

